



Grosser Stadtrat der Stadt Schaffhausen

PROTOKOLL

Sitzung Nr. 8
Dienstag, 21. Juni 2011
18:04 - 20:45 Uhr
Kantonsratssaal der Rathauslaube
Genehmigt am: 08.07.2011

Vorsitz:	Edgar Zender	SVP
Protokoll:	Gabriele Behring	
Stimmzähler:	Gädi Distel Andi Kunz (als Ersatz für den abwesenden Stimmzähler Beat Steinacher)	CVP AL
Anwesend:	Von total 36 Mitgliedern: Ratspräsident und 30 Mitglieder	
Entschuldigt: Ganze Sitzung:	Katrin Bernath Josef Eugster Beat Steinacher Urs Tanner Alfred Tappolet	OeBS SVP SP SP SVP

TRAKTANDEN

1	VdSR vom 19. April 2011: Jahresrechnung 2010 der Einwohnergemeinde Schaffhausen	Seite 199
2	VdSR vom 15. Februar 2011: Überführung der Pilotphase Finanzhilfe für pflegende Angehörige ins Definitivum	Seite 221

PENDENTE GESCHÄFTE

30.11.2010	VdSR Agglomerationsprogramm Schaffhausen-Orientierungsvorlage	FK Bau
17.12.2010	VdSR Sanierungsarbeiten Schulraum Zentrum	FK Bau
22.02.2011	Postulat Andi Kunz (AL): Demokratie beginnt nicht erst mit 18, (neue) Möglichkeiten der politischen Partizipation für Kinder und Jugendliche	
22.02.2011	VdSR Sanierung und Verkauf Marienstift, GB 714, Mühlenstrasse 87	GPK
01.03.2011	VdSR Strategie für die städtischen Restaurants	GPK
09.03.2011	Motion Urs Tanner (SP): Mitteltransparenz bei Abstimmungen und Wahlen	
17.03.2011	Interpellation Till Hardmeier (JFSH): Haben wir die richtigen Leute im Baureferat?	
06.04.2011	Interpellation Walter Hotz (FDP): Zielorientierung und Visionen bei den Jahresgesprächen	
12.04.2011	Postulat Thomas Hauser (FDP): Vergrößerung der Pumpspeichieranlage Engeweiher und/oder Bau einer zweiten Anlage im Eschheimertal	
05.05.2011	Postulat Christa Flückiger (SP): Leere Dienstwohnungen in den Schulhäusern der Stadt Schaffhausen	
24.05.2011	Postulat Till Hardmeier (JFSH): Zusammenarbeit senkt Kosten und bringt Vorteile	
24.05.2011	Postulat Res Hauser (JFSH): Sponsoring soll vermehrt als Einnahmequelle genutzt werden	
07.06.2011	Postulat Josef Eugster (SVP): Anfrage beim Kanton für die Übertragung des städtischen Steuerwesens an den Kanton	

KLEINE ANFRAGEN 2011:

- Walter Hotz (FDP):
Marketing Ziele und grundlegende Museumsstrategie der Stadt Schaffhausen, Eingang 18. April 2011
- Christine Thommen (FDP):
Frauenanteil im Kader der städtischen Verwaltung, Eingang 3. Mai 2011
- Christa Flückiger (SP):
Zukunftsperspektiven für die Schulen der Stadt Schaffhausen
Eingang 18. Mai 2011
- Dr. Cornelia Stamm Hurter/Hermann Schlatter (SVP):
Aufwertung der Poststelle 8204 Schaffhausen/Breite, behindertengerechter Zugang zu städtischen Liegenschaften, Eingang 24. Mai 2011

BESCHLÜSSE UND ERLEDIGTE GESCHÄFTE

Traktandum 1 VdSR vom 19. April 2011: Jahresrechnung 2010 der Einwohnergemeinde Schaffhausen

Der Grosse Stadtrat heisst in der Schlussabstimmung die Vorlage des Stadtrats vom 19. April 2011, Jahresrechnung 2010 der Einwohnergemeinde Schaffhausen, und den Antrag mit 31:0 Stimmen wie folgt gut:

Die Jahresrechnung 2010 der Einwohnergemeinde Schaffhausen wird genehmigt und untersteht gemäss Art. 11 lit c der Stadtverfassung dem fakultativen Referendum.

Traktandum 2 VdSR vom 15. Februar 2011: Überführung der Pilotphase Finanzhilfe für pflegende Angehörige ins Definitivum

Der Grosse Stadtrat heisst in der Schlussabstimmung die Vorlage des Stadtrats vom 15. Februar 2011 und die Anträge mit den Änderungen der Fachkommission Soziales, Bildung, Betreuung, Kultur und Sport vom 27. Mai 2011 mit 20:9 Stimmen wie folgt gut:

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der Vorlage des Stadtrats vom 15. Februar 2011 betreffend Überführung der Pilotphase Finanzhilfe für pflegende Angehörige (Motion Iren Eichenberger vom 19. März 1996) ins Definitivum und vom Bericht der Fachkommission Soziales, Bildung, Betreuung, Kultur und Sport vom 27. Mai 2011.
2. Der Grosse Stadtrat genehmigt die neue Verordnung über die Ausrichtung von Finanzhilfe für pflegende Angehörige mit den Änderungen der Fachkommission Soziales, Bildung, Betreuung, Kultur und Sport vom 27. Mai 2011 gemäss Anhang.
3. Der Grosse Stadtrat beauftragt den Stadtrat, für die Beiträge an pflegende Angehörige jährlich CHF 50'000.-- ins Budget aufzunehmen. Dieser Betrag gilt als Kostendach. Wird das Kostendach erreicht, ist der Stadtrat verpflichtet, zuhanden des Grossen Stadtrats eine neue Vorlage zu erarbeiten.
4. Der Grosse Stadtrat beauftragt den Stadtrat, über die Behandlung der eingereichten Gesuche im Verwaltungsbericht zu informieren.
5. Dieser Beschluss wird nach Art. 11 Abs. 1 lit d und i der Stadtverfassung dem fakultativen Referendum unterstellt.
6. Die Motion Iren Eichenberger vom 19. März 1996 wird abgeschrieben.

BEGRÜSSUNG

Der **Ratspräsident, Edgar Zehnder (SVP)**, eröffnet die Sitzung Nr. 8 vom 21. Juni 2011 mit der Begrüssung der Ratsmitglieder, des Stadtpräsidenten, der Frau Stadträtin und der Herren Stadträte sowie der Medienberichterstatter und der Gäste auf der Tribüne.

Als Ersatzstimmzähler für den abwesenden Beat Steinacher (SP) wird für die heutige Sitzung Andi Kunz (AL) bestimmt.

Die Ratsmitglieder haben erhalten, bzw. auf den Pulten liegt auf:

- Newsletter Juni 2011 der Wirtschaftsförderung Kanton Schaffhausen
- Antwort des Stadtrats vom 14. Juni 2011 auf Kleine Anfrage von Simon Stocker (AL): Sicherheitswahn in der Stadt Schaffhausen
- Antwort des Stadtrats vom 14. Juni 2011 auf Kleine Anfrage von Dr. Raphaël Rohner (FDP): Parkplatzkonzept für das Quartier Breite
- Geschäfts- und Verwaltungsbericht 2010 des Stadtrats
- Jahresbericht 2010 der KSS

MITTEILUNGEN DES RATSPRÄSIDENTEN:

„Am vergangenen Donnerstag und Freitag durfte ich in Begleitung einer Delegation aus Schaffhausen am Tag der Begegnung im Rahmen des Internationalen Strassenfests 2011 in Sindelfingen teilnehmen. Am Partnerschaftsabend im Bürgerhaus von Maichingen fand der Europagipfel mit namhaften Vertretern aus Ungarn, Frankreich, England und Deutschland statt. Dieser Anlass ist jeweils die erste Plattform für Begegnungen am Sindelfinger Festwochenende. Am Freitagmorgen fanden im Beisein von Stadtpräsident Thomas Feuer kommunalpolitische Gespräche zum Thema Internationalität der Kommunennetzwerke in Europa statt. Selbst als Europa-Aussenseiter hat die Schweiz die gleichen Megathemen der Zukunft wie ihre Nachbarländer in der Europäischen Union: Energie, Demografie und Integration. Die zwei Tage bleiben mir als unvergessliche Erinnerung an unsere deutsche Partnerstadt und an Personen mit unglaublicher Gastfreundschaft und Wärme. Als Dank für die herzliche Aufnahme in der Mercedes-Stadt dürfen wir diese Woche den Oberbürgermeister von Sindelfingen, Dr. Bernd Vöhringer, bei uns an der Schaffusia 11 begrüßen und durch die Festmeilen begleiten. Ich hoffe, dass diese lange Tradition, die noch auf die Tage von Alt-Stadtpräsident Walter Bringolf zurückzuführen ist, noch lange von meinen Nachfolgern gelebt und unterstützt wird. Ich möchte mich an dieser Stelle bei allen Beteiligten, die den Schaffhauser-Stand in Sindelfingen letztes Wochenende betrieben haben, herzlich bedanken, dass sie unsere schweizerischen Werte und unsere Schaffhauser Tradition im benachbarten Deutschland mit derartigem Enthusiasmus vertreten haben.“

PROTOKOLL

Das Protokoll der Sitzung Nr. 7 vom 7. Juni 2011 wurde vom Büro geprüft und genehmigt. Es liegt bei der Ratssekretärin auf dem Kanzleisch zur Einsicht auf. Sofern keine Änderungsanträge ans Büro gestellt werden, gilt das Protokoll als definitiv genehmigt.

TRAKTANDEN

Die Traktandenliste für die heutige Sitzung wurde dem Parlament rechtzeitig zugestellt. Es erfolgen keine Änderungsanträge.

Traktandum 1 VdSR vom 19. April 2011: Jahresrechnung 2010 der Einwohnergemeinde Schaffhausen

Walter Hotz (FDP)

Bericht des GPK-Präsidenten

"Was haben wir nicht alles für Schlagzeilen in der Presse lesen können, als die Rechnung 2010 der Stadt Schaffhausen veröffentlicht wurde:

- | | |
|--|--------------------------|
| - Augen zu und durch! | az |
| - Standort-Attraktiverung soll Steuern senken! | Schaffhauser Bock |
| - Defizit und deutlich mehr Schulden! | Schaffhauser Nachrichten |
| - Schlechtestes Ergebnis seit 1997! | Schaffhauser Nachrichten |
| - Kumulation externer Faktoren! | az |

Nun, was war der Grund für diese Schlagzeilen unserer örtlichen Presse? Ich versuche, Ihnen so kurz wie möglich die vom Stadtrat vorgelegte Stadtrechnung 2010 vom 19. April 2011 und auch unsere Prüfung innerhalb der GPK zu erläutern. Detailliertere Zahlen werden sie von Stadtrat Peter Neukomm zu hören bekommen.

In der GPK sind wir am 2. Mai 2011 auf die Rechnung 2010 einstimmig eingetreten und haben uns wie immer in zwei Gruppen aufgeteilt, um jede Position der Rechnung gegenüber dem Budget zu prüfen. Bis spätestens am 18. Mai 2011 mussten von unserer Seite aus die Fragenkataloge erstellt und an die Zentralverwaltung zur Beantwortung übergeben werden. Eine Rechnung mit einem Umsatz von CHF 217 Mio. in so kurzer Zeit zu prüfen, war für uns nicht ganz einfach und erforderte von allen Mitgliedern der GPK, zusammen mit der Ratssekretärin Gaby Behring, einen grossen persönlichen Einsatz. Ihnen allen danke ich an dieser Stelle speziell. Fünf Tage vor der heutigen Sitzung sind wir noch in den Besitz des städtischen Verwaltungsberichts gekommen, was uns die Arbeit natürlich nicht erleichterte. Im Gegenteil, es erforderte von uns nochmals einen persönlichen Arbeitseinsatz. In Zukunft erwarte ich den Verwaltungsbericht zusammen mit der Rechnung, damit die GPK auch diesen Bericht innerhalb ihres Gremiums diskutieren kann. Denn dieser Bericht muss in Zukunft nach meiner persönlichen Auffassung aussagekräftiger daher kommen.

Die Jahresrechnung 2010 der Stadt Schaffhausen schliesst mit einem enormen Aufwandüberschuss von CHF 2'225'944.39 ab. Budgetiert war ein Ausgabenüberschuss von CHF 1'432'500.--. Somit könnte man sagen, die überzogenen rund CHF 800'000.-- liegen im Streubereich, wäre da nicht die Auflösung des Steuerdelkredere von CHF 5,2 Mio. (siehe auf Seite 194, Konto 9000 Gemeindesteuern, unter 400.040 Auflösung Delkredere). Budgetiert waren unter dieser Position lediglich CHF 1,5 Mio. Diese Buchung wirkt sich nur buchhalterisch und nicht geldwirksam auf die Einnahmen aus. Das heisst, ohne diese Auflösung wäre das Defizit der Stadtrechnung für das Jahr 2010 rund CHF 7,4 Mio. Denken Sie für die Zukunft daran, meine Damen und Herren Grosstadträte und meine Dame und Herren der Exekutive, dass diese Reserve jetzt ein für alle Mal aufgelöst ist. Von jetzt an gilt es wirklich ernst mit dem Sparen.

Das Sparen wird in den nächsten Jahren einfacher sein als das Einnehmen. In der GPK waren wir natürlich über dieses Rechnungsergebnis gar nicht erfreut. Die Aussage anlässlich der Medienorientierung von Finanzreferent Peter Neukomm, ich zitiere: „Schuld ist nicht die Verwaltung, sondern eine Kumulation von externen Faktoren“, mag ja stimmen. Aber, ich frage Sie und mich: Wer war denn Schuld? Die Aussage des Stadtrates, dass gegenüber dem Budget 2010 eine Ausgabendisziplin

innerhalb der Verwaltung geherrscht hat, ist richtig und auch erfreulich. Aber dies genügt natürlich nicht. Wenn Sie nur die budgetierten Ausgaben überwachen und die budgetierten Einnahmen nicht im Auge behalten, so laufen Sie Gefahr, dass Sie trotz der Ausgabendisziplin ein defizitäres Rechnungsergebnis Ende Jahr zu erwarten haben. Und genau dies ist nun eingetreten, insbesondere die hohen Ausfälle bei den Steuern der natürlichen Personen, welche effektiv, das heisst ohne Grenzgänger, Quellensteuer und buchhalterische Effekte, CHF – 5,9 Mio. unter Budget liegen. Die Konsequenz wäre, dass, wenn Sie aufgrund der Erkenntnisse im laufenden Jahr sehen, dass die Einnahmen nicht den budgetierten Erwartungen entsprechen, unverzüglich Massnahmen ergreifen, ja sogar müssen. Dies ist für mich die wichtigste Aufgabe eines CEO oder eben eines tüchtigen Stadtpräsidenten neben dem CFO oder eben dem Finanzreferenten.

Unverzügliche Massnahmen im laufenden Geschäftsjahr wären zum Beispiel folgende gewesen, und diese hätten ohne Weiteres umgesetzt werden können:

- Unverzüglicher Personalstopp (einen Personalstopp so wie ich ihn verstehe).
- Ständige Fragestellung: brauchen wir für diese Thematik externe Berater, brauchen wir für ein Gutachten die Beurteilung durch einen Oberrichter, ist es gerechtfertigt, zusätzlich zu der Leistungsvereinbarung einem Sportklub nochmals Tausende von Franken zu sprechen, ist es notwendig ein Raucherstübli für Jugendliche mitzufinanzieren, muss ein ausserkantonaler Fernsehsender trotz der Budgetstreichung durch das Parlament einfach mit einer anderen Begründung finanziell unterstützt werden, müssen für Feste Hunderttausende von Franken gesprochen werden, kann man nicht auch im kleineren Rahmen Feste feiern, und so weiter. Es braucht natürlich Mut, um Nein zu sagen und vor allem präsidiale Präsenz und Führungsqualitäten.

Innerhalb der GPK (und dies haben wir schon bei der Budgetierung für das Jahr 2011 gemacht) stellten wir uns die Frage, wie wir die Zahlen der Einnahmen genauer budgetieren können, insbesondere die der Steuereinnahmen. Die GPK hat gemeinsam mit Stadtrat Peter Neukomm vereinbart, dass wir uns an der nächsten GPK-Sitzung eingehend mit der Thematik Steuerprognosen beschäftigen und ein entsprechendes Arbeitspapier ausarbeiten werden. Unsere gesteckte Zielvorgabe ist, dass wir vierteljährlich über den Stand der Steuereinnahmen orientiert werden. Sie, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, werden durch die jeweiligen GPK-Mitglieder innerhalb der Fraktion sicher über das Ergebnis orientiert werden.

An dieser Stelle kann ich Ihnen auch mitteilen, dass die GPK einen Vorschlag von Seiten der verantwortlichen Betriebe verlangt hat. Wir sind der Auffassung, dass wir bezüglich der Rechnung nur teilweise die Verantwortung wahrnehmen und die gesetzeskonforme Verwendung der finanziellen Mittel zuhanden des Grossen Stadtrates bestätigen können. Auch hier muss der Werkreferent Stadtpräsident Feurer zusammen mit dem Direktor Herbert E. Bolli zuhanden der GPK in Kürze einen verbindlichen Vorschlag vorlegen.

Mit diesen Beispielen versuche ich Ihnen aufzuzeigen, dass es gerade innerhalb der GPK in Zukunft zu grossen Herausforderungen kommen wird, wenn wir ausgeglichene Rechnungen anstreben wollen. Stadträtliche Kopfnicker sind in jedem Fall in der Geschäftsprüfungskommission fehl am Platz.

Erlauben Sie mir die wichtigsten Kennzahlen der Laufenden Rechnung 2010 zu nennen:

- Ertrag:	CHF 214,9 Mio.
- Aufwand:	CHF 217,1 Mio.
- Defizit:	CHF 2,2 Mio.
- Ausgabenüberschuss Investitionsrechnung:	CHF 32 Mio.
- Finanzierungsfehlbetrag:	CHF 20,4 Mio.
- Zunahme ungedeckte Schuld:	CHF 23,8 Mio.
- Selbstfinanzierungsgrad in %:	38,84
- Bruttoverschuldung:	CHF 174 Mio.
- ungedeckte Schulden:	CHF 84 Mio.

Zum Selbstfinanzierungsgrad (dies ist für mich ebenfalls eine für die Zukunft wichtige Kennzahl, die sie alle im Auge behalten sollten):

Ist der Wert des Selbstfinanzierungsgrads unter 100 bedeutet dies Neuverschuldung. Dazu noch ein paar Erläuterungen: Der Selbstfinanzierungsgrad zeigt die Finanzierung der Investitionen aus den selbst erarbeitenden Mitteln (Bruttoüberschuss aus der Laufenden Rechnung = so genannter Cashflow). Liegt der Prozentsatz über mehrere Jahre unter 100, müssen Investitionen immer mit Fremdkapital mitfinanziert werden. Und dies bedeutet, je höher der Anteil an Fremdkapital ist, desto höher sind die Passivzinsen. Ausgewiesen in der Rechnung 2010 sind CHF 4,8 Mio. Passivzinsen. Dies sind knapp 5 Steuerpunkte. Im langfristigen Mittel (hier spreche ich von 5 bis maximal 10 Jahre) muss der Selbstfinanzierungsgrad bei 100% liegen. Mit grosser Sorge stelle ich fest, dass dieser Wert im Durchschnitt der letzten 10 Jahre bei 93.69% liegt, also unter 100. Nehmen wir den Durchschnitt der letzten 2 Jahre, also in dieser Legislatur, liegt der Selbstfinanzierungsgrad im Schnitt bei 56.63%. Ein Selbstfinanzierungsgrad unter 70% wird als grosse Verschuldung beurteilt, 70 bis 80% als volkswirtschaftlich verantwortbar und 80 bis 100% als langfristig anzustreben.

Ein Teil von Ihnen denkt jetzt sicher, wieso reitet der so auf diesem Selbstfinanzierungsgrad herum. Ich sage Ihnen heute wie schon in den vergangenen Jahren, der Stadtkasse drohen in den kommenden Jahren neue Bilanzfehlbeträge, ein viel zu tiefer Selbstfinanzierungsgrad der Nettoinvestitionen und damit eine empfindliche Neuverschuldung. Diese Entwicklung muss mit aller Entschiedenheit verhindert werden, da wir in der Verpflichtung stehen, den kommenden Generationen einen gesunden Staatshaushalt und keine Schuldenberge zu hinterlassen. Meine Fraktion mit Erstunterzeichner Till Hardmeier wollte unlängst mit einem Vorstoss eine Schuldenbremse für die Laufende Rechnung und auch für die Investitionsrechnung einführen. Leider haben der Stadtrat und die Mehrheit dieses Rates, dieses wichtige finanzpolitische Instrument mit grosser Überheblichkeit in den Wind geschlagen.

Wir GPK-Mitglieder haben das natürlich nicht gemacht. Wir schauten jede Position der Jahresrechnung 2010 genauestens an und stellten der Verwaltung konkrete Fragen über einzelne Positionen. Unser Ziel in der GPK war wie jedes Jahr, dass wir im Vorfeld der heutigen Beratung nach Möglichkeit alle Fragen erledigen können, damit wir heute eine effiziente Sitzung durchführen können. Die so genannte Detail-Fragenrunde mit der Zentralverwaltung fand am 30. Mai 2011 und die Beantwortung des Fragenkatalogs mit dem Stadtrat (die so genannte Elefantenrunde) fand am 9. Juni 2011 statt.

Herrn Stadtpräsident, Frau Stadträtin, Herren Stadträte, allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der städtischen Verwaltung möchte ich auch im Namen meiner Kolleginnen und Kollegen der GPK einen besonderen Dank aussprechen. Wir sind schnell und umfassend über alles informiert worden.

Ich komme zum Schluss meiner Ausführungen zur Jahresrechnung 2010:

In der Schlussabstimmung vom 9. Juni 2011, haben die GPK Mitglieder einstimmig mit 7 : 0 Stimmen die Rechnung 2010 der Einwohner Gemeinde Schaffhausen verabschiedet. Zwischenzeitlich habe ich noch den Brief der Finanzkontrolle von Kanton und Stadt Schaffhausen mit Datum 16. Juni 2010 (sollte sicher 2011 heissen) erhalten, dessen wichtigster Inhalt ich wie folgt zitiere:

Schaffhausen, 16. Juni 2011

Sehr geehrter Herr Präsident

Die Finanzkontrolle führt gegenwärtig die Prüfung der Jahresrechnung 2010 der Einwohnergemeinde Schaffhausen durch. Bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt konnten folgende Bereiche geprüft werden.

Bestandesrechnung 2010:

- *Guthaben (gegenüber anderen öffentlichen Verwaltungen, Personal, etc.)*
- *Anlagen Finanzvermögen*
- *Sachgüter Verwaltungsvermögen*
- *Darlehen und Beteiligungen*
- *Verpflichtungen für Sonderrechnungen*
- *Spezialfinanzierungen und Übrige*
- *Kapital*

Ferner sind die Investitionsrechnung sowie die Verpflichtungskreditkontrolle 2010 mehrheitlich geprüft.

Die Prüfungshandlungen - allgemeine Konsistenzprüfungen sowie Detailprüfungen - in den nachstehenden Bereichen sind ebenfalls nahezu abgeschlossen:

- *Bericht 2010*
- *Gesamtergebnis Verwaltungsrechnung 2010*
- *Sachgruppenstatistik 2010*
- *Städtische Fonds*
- *Steuern*

Ferner konnten folgende separaten Buchhaltungen (Spezialverwaltungen) beziehungsweise Spezialgebiete bis zum jetzigen Zeitpunkt geprüft werden:

- *Verkehrsbetriebe 2010*
- *Stiftung Impuls 2010*
- *Kläranlageverband Schaffhausen, Neuhausen am Rheinfall, Feuerthalen und Flurlingen 2010 (ARA Röti, KBA Hard, MKD Pflumm)*
- *Stiftungen und Legate*
- *Alimentenbevorschussung und Sozialhilfe*

Noch nicht - oder nicht abschliessend - geprüft wurden die nachstehend aufgeführten Teile der Jahresrechnung 2010:

Bestandesrechnung 2010:

- *Flüssige Mittel*
- *Guthaben (Steuerguthaben, Debitoren, Übrige Guthaben)*
- *Transitorische Aktiven*
- *Laufende Verpflichtungen*
- *Kurzfristige Schulden*
- *Mittel- und langfristige Schulden*
- *Rückstellungen*
- *Transitorische Passiven*
- *Bürgschaften*

Spezialgebiete 2010:

- *KSD, Kanton und Stadt Schaffhausen Datenverarbeitung 2010 (planmässiger Abschluss Juli 2011)*
- *Holzschneidetrieb 2009 und 2010 (die Prüfung erfolgt im 2-Jahresintervall; planmässiger Abschluss September 2011)*

Die Laufende Rechnung wird einerseits zeitgleich im Zuge der jeweilig zusammenhängenden Bestandeskonti, andererseits auf Basis einer Wesentlichkeitsfestlegung revidiert. Diese Prüfungen werden gegenwärtig durchgeführt.

Zum augenblicklichen Zeitpunkt unserer Prüfungstätigkeit gibt es keine Einwände gegen eine Abnahme der Jahresrechnung 2010 der Stadt Schaffhausen durch den Grossen Stadtrat.

*Alfred Stamm
Leiter Finanzkontrolle*

*Ralph Kolb
Leitender Revisor*

Zum Schluss nochmals besten Dank, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Schaffhausen, besonders herzlichen Dank dem Finanzreferenten Peter Neukomm für das grosse Vertrauen in die GPK-Mitglieder und für die stets offene und respektvolle Kommunikation. Danken möchte ich Stadtpräsident Thomas Feurer, Stadträtin Jeanette Storrer und den Stadträten Urs Hunziker und Peter Kämpfer für ihre geleistete Arbeit. Speziell danke ich meinen GPK-Mitgliedern für die Zusammenarbeit und unserer Ratssekretärin Gaby Behring.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, treten Sie auf die Jahresrechnung 2010 ein, und stimmen Sie der Jahresrechnung 2010 der Stadt Schaffhausen gemäss Antrag zu. Wir von der GPK danken Ihnen im Voraus.

Erlauben Sie mir an dieser Stelle noch die Fraktionserklärung der Bürgerlich-Liberalen-Fraktion abzugeben:

Meine Fraktion wird auf die Jahresrechnung 2010 eintreten und den Anträgen des Stadtrates zustimmen. Zu einzelnen Positionen werden wir uns noch zu Wort melden und Bemerkungen, beziehungsweise Fragen stellen. "

Hermann Schlatter (SVP)

SVP/EDU-Fraktionserklärung

"Die SVP/EDU-Fraktion wird auf die Rechnung 2010 eintreten und ihr in der vorliegenden Form auch zustimmen, und dies, obwohl das Resultat mehr als unerfreulich ist, denn der ausgewiesenen Verlust von rund CHF 2,2 Mio. würde ohne

die Auflösung des Steuerdelkrederes von CHF 5,2 Mio. bei CHF 7,4 Mio. liegen.

Mit dieser Auflösung liegt das Gesamtsteuersoll von CHF 111,3 Mio., dargestellt auf Seite 194 der Rechnung, um insgesamt CHF 400'000.-- unter Budget. Was die natürlichen Personen und damit die grösste Einnahmeposition anbelangt, entspricht sie genau jenen Prognosedaten, wie sie uns zum Zeitpunkt der Budgetberatungen 2011 vom letzten Dezember in diesem Rat vorlagen. Einzelne Redner wollten dies damals beschönigen und sprachen von einem Trend, der sich auch noch zum Positiven wenden könne. Wer nun Recht hatte, können Sie selbst feststellen. Unterschwellig wurde mir unterstellt, ich hätte Insiderwissen aus der kantonalen Steuerverwaltung verbreitet, so hätte das zuständige Referat zu jenem Zeitpunkt nicht über diese Daten verfügt. Dazu kann ich Ihnen nur sagen, dass die städtische Steuerverwaltung jeden Tag während 24 Stunden ihr Steuersoll am zentralen Informationssystem NEST abrufen kann, und dies für die natürlichen als auch für die juristischen Personen; von Insiderwissen kann keine Rede sein. Dies kann Ihnen der Finanzreferent sicher auch bestätigen, sofern Sie dies verlangen.

Nun wieder zurück zum aufgelösten Steuerdelkreder. Es war das letzte Mal, dass die Auflösung dieser in den Jahren vor 2008 geäußerten stillen Reserven auf Steuerguthaben die Rechnung verbesserten, jetzt ist diese Reserve aufgebraucht, die in den Rechnungen der Jahre 2008, 2009 und 2010 dafür sorgte, dass die Rechnungsergebnisse um insgesamt CHF 15,1 Mio. besser ausfielen. Nur der Auflösung dieser stillen Reserven ist es zu verdanken, dass die Stadt heute noch über ein positives Eigenkapital verfügt. Per Ende 2010 sind auf Seite 3 der Rechnung 13,7 Mio. Franken als solches ausgewiesen. Hätte die Auflösung der genannten CHF 15,1 Mio. stillen Reserven nicht stattgefunden, wäre jetzt in den Büchern wohl ein negatives Eigenkapital von CHF 1,4 Mio. aufgeführt. Weil anlässlich der Budgetberatungen 2011 vom Finanzreferenten in Abrede gestellt wurde, dass in früheren Jahren stille Reserven bei den Steuern gebildet worden sind, erlaube ich mir hier nochmals darauf hinzuweisen, dass dem eben so war, denn diese stillen Reserven von insgesamt CHF 15,1 Mio. - sie entsprechen 15 Steuerpunkten - kamen nur deshalb zustande, weil in früheren Jahren in den Büchern die ausstehenden Steuerschulden der Bürger unter den Aktiven nicht vollständig aktiviert und in der Laufenden Rechnung nicht vollständig dem Ertrag zugewiesen wurden. Damit sind nun mal stille Reserven gebildet worden.

Auch in diesem Jahr wurde in der GPK nochmals über das Steuerdelkreder diskutiert und zwar deshalb, weil im Zusammenhang mit der Beratung der Rechnung 2009, im März vor einem Jahr, mit der Verwaltung vereinbart wurde, dass von der damals vorhandenen Delkredererückstellung, nebst den im Budget 2010 vorgesehenen CHF 1,5 Mio., nur noch so viel zurückzubehalten sei, dass die im Kalenderjahr 2010 geplanten Ausbuchungen der eigentlich gefährdeten Steuerausstände damit abgedeckt würden. Dafür wurde uns von der Verwaltung ein Betrag von CHF 3,7 Mio. ermittelt. Wie dem Rechnungskommentar auf Seite 195 entnommen werden kann, mussten schlussendlich lediglich CHF 2,9 Mio. abgeschrieben werden. Nebst der Verwaltung und der FIKO hat auch die GPK bei der Festsetzung der dafür notwendigen Delkrederereposition übersehen, dass für Steuerabschreibungen im Budget 2010 aber bereits CHF 1,8 Mio. ausgewiesen waren. Zusammen mit den geringeren notwendigen Abschreibungen ergibt sich daraus ein Betrag von CHF 2,6 Mio., der sich im positiven Sinn in der Rechnung 2010 niederschlägt, eigentlich aber schon in die Rechnung 2009 gehört hätte. Soviel zum Exkurs in Sachen Steuerdelkreder.

Ich habe erwähnt, die SVP/EDU-Fraktion ist mit dem Rechnungsergebnis überhaupt nicht glücklich, im Gegenteil, sie macht sich Sorgen um die Zukunft der städtischen Rechnung. Einzelne Fraktionsmitglieder beurteilen das Rechnungsergebnis gar als katastrophal. Es ist aus Sicht unserer Fraktion deshalb höchste Zeit, dass uns der Stadtrat Massnahmen vorschlägt, welche die Rechnung massiv und nachhaltig verbessern, denn mit den in der SLA 1 beschlossenen Massnahmen, welche insgesamt weniger als einem Steuerprozent entsprechen und damit weniger als einen Tropfen auf einen heissen Stein sind, bringen wir die Rechnung mittelfristig nicht ins Lot. Diese Massnahmen, respektive Vorlagen müssen nun schnell kommen, denn wer weiss, wohin uns die aktuellen Probleme in unserer Welt wie Euroschuldenkrise, US-Wachstum- und Finanzprobleme sowie steigende Inflation führen, weshalb der IWF für den weltweiten Aufschwung bereits grössere Gefahren sieht.

Wir sind auch der Meinung, dass der Stadtrat endlich begreifen muss, dass man zwischen Wünschbarem und Notwendigem unterscheiden muss. Deshalb hat unsere Fraktion überhaupt kein Verständnis dafür, dass Expertisen und Gutachten in Auftrag gegeben werden, bei welchen sich der Stadtrat wohl kaum zuvor die Frage gestellt hat, ist der Preis des Gutachtens dies Wert, respektive führt das ermittelte Wissen auch zu einem ökonomischen Mehrwert. So haben wir grosse Zweifel daran, ob das Gutachten „Strategie für die städtischen Restaurants“, das Gutachten „Schliessungszeiten Kebab-Stände“ oder die jüngste Erhebung über das Thema „Sicherheit in der Stadt Schaffhausen“ wirklich notwendig waren, respektive sind. Insbesondere können wir nicht verstehen, dass bei Themen, bei welchen der Kanton mit im Boot ist, nicht frühzeitig mit diesem das Gespräch aufgenommen wird, mit dem Ziel, eine anteilige Finanzierung zu erreichen. Gerade hier haben wir auch den Eindruck, dass in letzter Zeit von stadträtlicher Seite vermehrt der Weg für solche Ausgaben über Nachtragskredite gesucht wurde, um die Kompetenz des Grossen Stadtrates auszuhebeln. Nachdem der GPK-Präsident Ihnen das Wesentliche der Rechnung erläutert hat, werde ich mich noch auf ein paar wenige Punkte konzentrieren.

Bereits bei früherer Gelegenheit haben wir auf Ungereimtheiten bei der städtischen Immobilienverwaltung hingewiesen, und auch heute sehe ich mich veranlasst, ein weiteres Kapital dazu widerzugeben, ganz unter dem Motto „Pleiten, Pech und Pannen der Immobilienverwaltung“. Auf Seite 32 ist die Entwicklung des Rahmenkredits von CHF 24 Mio. dargestellt. Hier wurde im Jahre 2010 ein Zukauf von 675 m² Land in der „Langwies“ Hemmental für CHF 98'000.-- getätigt. Für mich als ehemaliges, langjähriges Exekutivmitglied der Gemeinde Hemmental ist es nicht zu verstehen, warum sich die Stadt engagiert hat, und wenn schon, sich nicht vorgängig bei den bisherigen Amtsinhabern über das frühere Geschehen ins Bild setzen liess. Denn einerseits liegen diese 675m² unerschlossenes Land in der ZÖBAG, die wohl von der ehemaligen selbständigen Gemeinde, unterhalb des Dorfes, für einen späteren Sportplatz ausgeschieden wurden; die Realisierung dieses Vorhabens ist durch die Fusion mit der Stadt Schaffhausen aber wohl mehr als in Frage gestellt. Dazu kommt, dass bei der seinerzeitigen Bildung dieser Zone vor 10 Jahren vier weitere Grundeigentümer, die Besitzer gleich grosser Parzellen waren, bereit waren, durch Realersatz von Landwirtschaftsland ihre Flächen abzutauschen; aber der verstorbene Besitzer, dessen Erbengemeinschaft jetzt den Landhandel mit der Stadt getätigt hat, setzte sich damals gegen einen Abtausch zur Wehr. Wie sich jetzt zeigt, sehr erfolgreich, denn jetzt haben die Erben pro m² unerschlossenes ZÖBAG-Land CHF 145.-- erhalten, für Landwirtschaftsland hätten sie lediglich CHF 5.-- bis CHF 7.-- realisiert.

Der Kauf zu diesem Preis macht für mich absolut keinen Sinn:

1. Es ist mehr als ungewiss, ob diese ZÖBAG-Zone eine künftige Zonenplanrevision übersteht, welche für den Ortsteil Hemmental ganz klar pendent ist und das weiss auch die Planungsabteilung der Stadt.
2. Es ist absolut nicht nachvollziehbar, warum sich die Stadt hier veranlasst sah, diesen Zukauf zu tätigen, denn bekanntlich kann ein Privater in einer ZÖBAG-Zone keine Bauten realisieren.

Deshalb komme ich zum Schluss, dass unnötigerweise rund CHF 95'000.-- in den Sand gesetzt wurden.

Auch der jüngste Beschluss, der sich zwar erst in der Jahresrechnung 2011 niederschlägt, die Liegenschaft Wasserquelle an eine steuerbefreite Stiftung zu verkaufen, lässt bei uns die Frage aufkommen: Weiss die Abteilung Immobilien im städtischen Baureferat noch, was man dem Parlament in der Vorlagen weismachen wollte? Bekanntlich unterbreitete uns das Baureferat bei einem Verkauf mit Auflagen zur Wohnnutzung Renditeberechnungen, bei denen die mutmasslichen kapitalisierten Steuererträge mit einbezogen wurden, dies im Gegensatz zu einem reinen Verkauf, wo solche Steuererträge ausser Acht gelassen wurden. Nun wurde die Liegenschaft an eine steuerbefreite Institution verkauft. Scheinbar scheinen die künftigen Steuererträge - und diese fallen selbstverständlich auch auf Vermieterseite an - jetzt nicht mehr zu interessieren. Auch dies ist keine Indiskretion, Sie finden die Stiftung zum Palmzweig auf der Liste der steuerbefreiten Institutionen der Steuerverwaltungen Zürich und Schaffhausen, die im Internet publiziert werden.

Auch nicht einverstanden erklären kann sich unsere Fraktion mit der heutigen Praxis bezüglich interner Leistungen bei Investitionen, die sich in der Investitionsrechnung niederschlagen, zum Beispiel, wenn das Hochbauamt die Bauleitung übernimmt. Wir meinen, insbesondere wenn dafür Kreditbeschlüsse vom Parlament notwendig sind, dass solche Leistungen mitberücksichtigt werden müssen, ansonsten ergibt sich ein verzerrtes Bild. Dies wurde übrigens von der „Baukommission Museum“ verlangt und deshalb dort auch umgesetzt. Dies ist aber offenbar ein Ausnahmefall und nicht Praxis.

Bei den Altersheimen werden wir den Eindruck nicht los, dass hier jedes Heim das macht, was es für richtig hält. Wir sind der Meinung, dass hier vermehrt koordiniert und zusammen gearbeitet werden sollte, insbesondere bei der Beschaffung von Material, wie Dienstkleider, Geschirr, Besteck etc., um so bessere Einkaufspreise zu erhalten. Es kann doch nicht sein, dass jedes Altersheim unterschiedliche Dienstkleider hat, dies gerade mit Hinblick auf den vom Heimreferat in Aussicht gestellten Austausch der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unter den Altersheimen. Offenbar hat man es auch nicht für nötig gehalten, die Abrechnungen der bis Ende 2010 selbständig erwerbenden Heimärzte für das letzte Quartal rechtzeitig einzufordern, was nun zur Folge hat, dass die Stadt für das letzte Quartal 2010 zusätzlich noch Sozialleistungen entrichten muss. Dass die Stadt dem städtischen Personal gratis Behandlungen beim Physiotherapeuten des Altersheims am Kirchhofplatz anbietet, erachten wir mehr als sonderbar.

Mit Besorgnis nimmt unsere Fraktion auch den steigenden Aufwand für Fremdplatzierungen von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen zur Kenntnis. Wer die Zahlen auf Seite 144 unter den Positionen 5840, 5860 und 5870 näher betrachtet, stellt fest, dass die Aufenthaltskosten in Heimen und Spitälern allesamt

weit über den budgetierten Beträgen liegen. Wir sind uns bewusst, dass hier noch kein Allerweltsrezept dagegen gefunden wurde, erwarten aber, dass die von der Stadt in den letzten Jahren massiv ausgebauten niederschweligen Angebote wie Schulsozialarbeit oder Jugend-WG inskünftig ihre Wirkung zeigen. Andernfalls müsste man sich überlegen, ob man diese kostspieligen Massnahmen in der Jugend- und Sozialhilfe auf ihre Effizienz überprüfen sollte.

Insgesamt kann festgestellt werden, dass bei der Verwaltung grosse Budgettreue herrschte. Unvorhergesehenes hat positive wie negative Spuren hinterlassen, sich mehr oder weniger aber wieder aufgewogen. Ich erwähne nur zwei Positionen: So mussten für den Winterdienst CHF 1,2 Mio. mehr aufgewendet werden, im Gegenzug fiel der Beitrag für die Krankenkassenprämienverbilligungen um Fr. 0,8 Mio. günstiger an. Hier erhoffen wir uns, dass die sich in der Pipeline befindende kantonale Gesetzgebung dazu führt, dass den Gemeinden genauere Budgetvorgaben gemacht werden können.

Handlungsbedarf besteht unserer Ansicht nach in der Frage der Verantwortlichkeit über die Abnahme der Rechnungslegung, zum Beispiel bei den städtischen Werken oder dem Wärmeverbund Herrenacker. Sollte es die GPK sein, muss dafür im Verlauf des laufenden Jahres eine klare Regelung gefunden werden, denn jetzt hat die GPK in die Detailrechnungen keinen Einblick, dies wird beispielsweise bei den Städtischen Werken vom Audit committee der VK wahrgenommen.

Wie erwähnt wird die SVP/EDU-Fraktion auf die Rechnung 2010 der Stadt Schaffhausen eintreten und sie genehmigen, dies wohlgerne ohne grossen Enthusiasmus. Bei der Detailberatung werden sich allenfalls noch einzelne Votanten melden.

Wir danken allen - insbesondere auch den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern - für ihren Beitrag zur Rechnung 2010. Besonderen Dank gebührt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Verwaltung sowie den Exekutivmitgliedern für die ausführlichen Antworten, die wir auf unsere Fragen erhalten haben und für ihren Einsatz zu Gunsten unserer Stadt. "

Christa Flückiger (SP)

SP/AL-Fraktionserklärung

"Natürlich ist auch unsere Fraktion über den Ausgabenüberschuss der Laufenden Rechnung nicht sonderlich erfreut, auch wenn dessen ausschlaggebende Faktoren hauptsächlich in exogenen Faktoren zu suchen sind. Positiv haben wir, und das dürfte Ihnen beim Studium der Rechnung ebenfalls nicht entgangen sein, die gute Budgetdisziplin der Verwaltung zur Kenntnis genommen. Ich werde in der Fraktionserklärung der SP/AL-Fraktion bewusst nicht weiter auf Zahlen eingehen, einerseits liegen sämtlich Zahlen auf Ihren Pulten und zum Anderen haben meine Vorredner schon genügend Informationen geliefert. Hinzu kommt, dass wir bei der Abnahme einer Rechnung, sofern keine horrenden Abweichungen im Vergleich zum Voranschlag zu erkennen sind, nicht mehr viel zu sagen haben. Mit viel Disziplin wurde das Budget eingehalten, daher geht unser Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt auf allen Stufen. Nur durch eine seriöse Arbeit konnte dies überhaupt erreicht werden. Zudem, und das ist ebenfalls zur Kenntnis zu nehmen, entspricht das Endergebnis den Prognosen im Finanzplan 2010 bis 2013.

Dennoch haben wir folgende Bemerkungen anzubringen:

Deutlich tiefere Steuereinnahmen, höhere Abschreibungen sowie grosse

Investitionen hinterlassen ihre Spuren, die Durststrecke wird uns auch in Zukunft begleiten und trotzdem oder gerade deshalb, ist die SP/AL-Fraktion dem Stadtrat, aber auch der Stimmbevölkerung dankbar, dass sie trotz zur Zeit eher schlechteren Finanzen in nachhaltige Investitionen Gelder gesprochen und somit die Attraktivierung unserer Stadt im Auge behalten haben und vorwärts bringen. Diesen Kurs gilt es weiterzuverfolgen. Noch immer haben wir die Aufgabe, für den baulichen Unterhalt besorgt zu sein, zu vieles wurde in den letzten Jahrzehnten vernachlässigt. Wir haben einen ausgewiesenen Finanzbedarf, welcher sich aber unumstritten auch wieder auszahlt. Die SP/AL-Fraktion will nicht auf den Sparwahn einzelner politischer Kräfte eingehen. Der Stadt die notwendigen Mittel zu entziehen, bedeutet nichts anderes, als sie mehr oder weniger aufzugeben und dem Niedergang zu weihen. Ob sie dann noch lebenswert und für Zuzüger attraktiv ist, wage ich zu bezweifeln.

Auch den so genannte Personalstopp - eigentlich ein falsches Wort, wird dieser doch vom Stadtrat auch nicht im wörtlichen Sinne betrieben - werden wir in Zukunft kritisch verfolgen. So mag es schön und gut sein, wenn der Personalaufwand mit CHF 1,5 Mio. unter dem Budget ausgewiesen werden kann. Wir fragen uns aber, was ist der Preis? Wenn Sie die Rechnung genau studiert haben, und davon gehe ich aus, ist Ihnen sicher nicht entgangen, dass wir zunehmend mit Krankheitsfällen konfrontiert werden, dessen Ausmasse insbesondere in Bezug auf die Länge der Arbeitsunfähigkeiten gewisse Fragen aufwerfen. Liegt es an einer Unterbesetzung, oder wird es immer schwieriger, ausgewiesene Fachkräfte für die Stellenangebote der Stadt zu rekrutieren? Liegt es an den Löhnen? Wenn wir Gefahr laufen, aus Spargründen weder qualifiziertes, noch genügend Personal gewinnen zu können, dann fragen wir uns schon, ob die Personalpolitik in dieser Stadt noch stimmt. Wenn wir hören, dass im Altersheim Steig infolge einer schwierigen personellen Phase ein Belegungsstopp ausgesprochen wurde, dann stimmt da etwas nicht.

In vielen Bereichen hat der Stadtrat Sparmassnahmen getroffen, weitere sind in Planung und einzelne sind oder werden bereits umgesetzt. Was bleibt sind Kosten, die wir weder gross steuern, noch beeinflussen können, Pflichten die wir zu erfüllen und auszuführen haben. Diese Gelder brauchen wir, da führt kein Weg daran vorbei, und dies sind genau diese Gelder, die den grossen Brocken in der Rechnung machen. Und das macht uns Sorgen, da drückt der Schuh.

Wenn wir mit Sparen nicht weiter kommen, trotz Umstrukturierungen keinen hellen Streifen am Horizont sehen, wenn wir uns nur noch selber schwächen, dann ist es an der Zeit umzudenken. Die einfachste Lösung wäre: Die Stadt entlässt als grosser Arbeitgeber ihre Angestellten. Ganz einfach, oder? Oder doch nicht? Für die SP/AL-Fraktion sicher nicht. Es gäbe da noch eine andere interessante Lösung. Vergleichen wir es auf eine etwas andere Art. Vielleicht vertreibe ich ein Produkt zu billig? Fazit? Was mache ich? Ich erhöhe den Preis, schon so oft geschehen in unserem Alltag bei Milch, Brot, und dergleichen. Warum also nicht mit den Steuern? Die Erhöhung des Steuerfusses ist der SP/AL-Fraktion eine Überlegung wert und, wie bereits bei der Beratung zum Budget 2011, werden wir wohl im Budget 2012 mit Bestimmtheit über eine allfällige Erhöhung des Steuerfusses zu diskutieren haben.

Abschliessend darf ich sagen, dass die SP/AL-Fraktion einstimmig auf die Rechnung 2010 eintreten und ihr auch zustimmen wird. "

Katrin Hauser-Lauber (FDP)

FDP-Fraktionserklärung

„Die kommenden zwei Jahre werden schwierige Jahre.“ Diese Aussage habe ich von

der letzten Rechnungsdebatte in Erinnerung. Diese Prognose ist eingetreten und gerade deshalb danke ich schon am Anfang meiner Fraktionserklärung dem Stadtrat und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für den Einsatz, den sie das ganze Jahr zugunsten unserer Stadt leisten. Des Weiteren danke ich für die ausführlichen Antworten, die wir in der GPK auf unsere teilweise sehr detaillierten Fragen erhalten haben. Der GPK-Präsident hat Ihnen die Rechnung 2010 bereits erläutert. Ich beschränke mich deshalb auf einzelne Diskussionspunkte unserer Fraktion.

Der Rechnungsabschluss 2010 der Stadt Schaffhausen mit einem Aufwandüberschuss von rund CHF 2,25 Mio. ist für uns im positiven wie im negativen Sinn keine Überraschung. In der Adventszeit 2009 genehmigten wir hier in diesem Saal einen Voranschlag mit einem Aufwand von CHF 214,71 Mio. und einem Ertrag von CHF 213,28 Mio. Das Budget war leicht negativ und die vorliegenden Zahlen liegen im Streubereich der Budgetierung. Dank finanztechnischen Übungen wie Delkredere-Auflösungen bei den Steuern sieht die Rechnung trotz höheren Abschreibungen nicht noch schlechter aus - dies, obwohl die Delkredere-Gelder noch nicht auf dem Tisch des Hauses liegen.

Im Detail haben wir in der GPK viele Fragen gestellt und Antworten erhalten. Nicht alle Antworten fielen zur Zufriedenheit unserer Fraktionsmitglieder aus. Sie werden sich in der Detailberatung dazu melden. An dieser Stelle möchte ich mitteilen, dass meiner Fraktion auffällt, dass bei der Position 9000 Gemeindesteuern, in der Unterposition 400.011 (Seite 194), mit CHF 5,5 Mio. Mindereinnahmen böse am Ziel vorbei geschossen wurde.

In einer Zeit wirtschaftlicher Schwierigkeiten und immer neuer Aufgaben, die uns von Bund und Kanton übertragen werden, passt die Rechnung in die finanzpolitische Landschaft. Deshalb werden wir auf die Rechnung eintreten und den Anträgen des Stadtrates zustimmen. Gleichzeitig fordert die FDP-Fraktion die Exekutive auf, beim Ertrag im soeben kritisierten Bereich der Steuern verlässlichere Zahlen im Voranschlag 2012 und inskünftig zu liefern.

Ein zusätzlicher Dank gebührt unserer Verwaltung, dass der Personalaufwand unter dem Budget liegt. Wobei man sich hier in Richtung Postulat Till Hardmeier zum Thema "Zusammenarbeit senkt Kosten und bringt Vorteile" ernsthaft fragen kann, ob dadurch nicht weitere Aufwandsenkungen drin liegen. Denn irgendwie sollte die Stadt auf einen Erfolgskurs umgelenkt werden. Allein auf die Hoffnung von Neuzuzüglern, die zusätzliche Steuereinnahmen bringen, können wir nicht setzen. Das finanzielle Problem muss auf verschiedenen Ebenen angepackt werden. Wir sind deshalb gespannt, wie der SR den anstehenden finanziellen Herausforderungen im Budget 2012 begegnen wird. "

Rainer Schmidig (EVP)

OeBS/CVP/EVP-Fraktionserklärung

"Der GPK-Präsident hat die Jahresrechnung sehr ausführlich erläutert, dafür danke ich ihm herzlich. Die OeBS/CVP/EVP-Fraktion wird ohne grosse Begeisterung auf die Rechnung 2010 eintreten und ihr auch zustimmen. Im Gegensatz zu anderen Jahren war die Besprechung der Rechnung 2010 trotz Defizit eher eine flauere Angelegenheit. Freude konnte angesichts der düsteren Zahlen keine aufkommen. Unsere Fraktion hofft aber, dass trotz der notwendigen Sparmassnahmen die Situation des Personals, das nämlich auch in diesen unerfreulichen Zeiten gute Arbeit leistet, nicht verdrängt wird. An dieser Stelle dankt unsere Fraktion allen Mitarbeiterinnen und

Mitarbeitern der Stadt herzlich für ihren täglichen Einsatz zugunsten unserer Stadt.

Dass diese Rechnung dank einiger einmaliger positiver Einbuchungen noch gerade akzeptabel abschliesst, heisst, dass in Zukunft noch konsequenter unnötige Ausgaben vermieden werden müssen. Gute Arbeit muss sich aber auch in Zukunft für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter lohnen. Nur so können wir von ihnen maximale Leistung verlangen. Generell sind also Personen in Führungsfunktionen stark gefordert, und dort sind auch unattraktive Entscheide zu fällen. Eines ist aber jetzt schon klar: Das nächste Budget wird sicherlich nicht so ruhig diskutiert werden. Nicht zuletzt sind wir dann gefordert, verantwortungsvolle Entscheide für eine positive Entwicklung der Stadt zu fällen. Allenfalls wird sich unsere Fraktion noch zu einzelnen Punkten äussern. “

SR Peter Neukomm

Stellungnahme des Stadtrats

”Zu vielen Punkten werde ich keine Stellung beziehen, da es sich um reine Stimmungsmache handelt. Ich entschuldige mich für die verspätete Fertigstellung des Geschäfts- und Verwaltungsberichts 2010 des Stadtrats. Das war nicht so geplant, der Bericht hätte bereits an der letzten Ratssitzung aufgelegt werden sollen. Es gab allerdings Probleme in der Druckerei, welche diese Verspätung verursacht haben. Ich möchte an dieser Stelle festhalten, dass der Jahresbericht des Stadtrats bisher noch nie mit der Jahresrechnung verschickt wurde. Ich werde nächstes Jahr versuchen, den Geschäfts- und Verwaltungsbericht noch vor der Elefantenrunde in der GPK auszuliefern, damit allfällige Fragen dazu in der letzten GPK-Runde gestellt werden können.

Mein Dank geht an folgende Beteiligte:

- Den GPK-Präsidenten für seinen umfassenden Bericht über die GPK-Beratungen.
- Die GPK-Mitglieder für die seriöse Prüfung des Abschlusses und die Sachlichkeit bei den Beratungen,
- Gaby Behring für die anspruchsvolle, aber wie gewohnt schnelle und professionelle Protokollierung,
- Die ZV für die zeitgerechte und gewohnt verlässliche Erstellung des Abschlusses,
- Die Mitarbeitenden der Verwaltung, Heime, Betriebe und Werke für ihre hohe Ausgabendisziplin und vor allem für ihren grossen Einsatz im öffentlichen Dienst, und dies trotz ansteigendem Arbeitsdruck wegen Personalreduktionen in diversen Abteilungen und einer Nullrunde beim Lohn
- Alle Personen, natürliche wie auch juristische Personen, die mit ihrer guten Zahlungsmoral bei der Begleichung von Steuern und Gebühren, es erst ermöglichen, dass wir ein qualitativ hochwertiges Angebot für unsere Bevölkerung bieten können.

Gesamtschau – auch positive Aspekte:

Natürlich handelt es sich bei der Rechnung 2010 auch aus der Sicht des SR um einen wenig erfreulichen Jahresabschluss. Negativ zu vermerken ist sicher der Aufwandüberschuss von rund CHF 2 Mio. in der Laufenden Rechnung, der Einbruch der Steuereinnahmen und die Verschlechterung der Kennzahlen. Der SR hat Ihnen dazu die wichtigsten Eckwerte in seiner Vorlage vom 19. April 2011 dargelegt. Aber, wo Schatten ist, ist auch Licht, das heisst, es gibt im Rückblick auf 2010 auch

positive Aspekte, die es zu würdigen gibt und die teilweise bereits auch angesprochen wurden. Dazu gehören - unter Ausklammerung von Sonderfaktoren - eine sehr genaue Budgetierung, eine sparsame Verwaltung mit einer sehr guten Budgetdisziplin sowie kräftige Investitionen in die Infrastruktur und damit in unsere Standortqualität. Für das negative Ergebnis des Jahresabschluss sind nicht Verwaltung, Schule und Heime oder Betriebe und Werke verantwortlich, sondern primär die Folgen eines schwierigen Umfelds. Dieses war und ist geprägt durch die Auswirkungen der Vergangenheit:

- Ausfälle der Wirtschaftskrise 2008/2009
- Markante Steuerentlastungen der vergangenen 10 Jahre von über CHF 30 Mio.
- Stark angestiegene Mehrausgaben in den kommunal nicht beeinflussbaren Bereichen

Das hat zu einer spürbaren Reduktion des finanziellen Handlungsspielraums der Stadt geführt, so dass wir nicht mehr in der Lage sind, unsere Infrastruktur so zu unterhalten und zu erneuern, wie es eigentlich nötig wäre. Dort, wo wir es dennoch machen, ist es ohne Neuverschuldung kaum möglich. Das hat sich 2010 bei den Neubauten Eishalle und Künzle-Heim gezeigt. Der Aufwandüberschuss von rund CHF 2 Mio. in der Laufenden Rechnung ist im Finanzplan ziemlich genau vorhergesagt worden. Er entspricht auch etwa dem Ergebnis, das der SR in seinem Budget an den GrSR erwartet hat. Insofern war das keine Überraschung, obwohl jetzt versucht wird, dies als solche darzustellen, was ich an dieser Stelle klar und deutlich in Abrede stelle. Ich teile die Aussage des GPK-Präsidenten, es sei ein enormer Aufwandüberschuss vorhanden, nicht. Wir sind uns aber auch bewusst, dass das effektive Defizit – ohne Sondereffekte - höher liegen würde. Bei einem Gesamtaufwand von CHF 217 Mio. ist ein Defizit von gut 1% des Gesamtaufwandes zwar noch bescheiden. Es gibt also keinen Grund zur Panik. Hinsichtlich unserer erfolgsversprechenden Entwicklungsstrategie sind wir immer noch auf Kurs. Diese verlangt von uns erhebliche Vorinvestitionen in die Standortattraktivität - dies habe ich an dieser Stelle schon mehrfach erwähnt. Wir wollen die Chancen packen, die sich unserer Stadt als urbanes Regionalzentrum in einer intakten Natur für die Zukunft bietet. Deshalb sind wir zur Zeit und vermutlich noch bis zum Ende dieser Legislatur vor allem damit beschäftigt, zu säen und den Boden zu bestellen, um in der nächsten Legislatur auch finanziell wieder ernten zu können. Sie können dabei mithelfen. Mit den Vorlagen Agglomerationsprogramm und Wohnraumentwicklung sind bereits zwei wichtige Eckpunkte dieser Strategie zur Behandlung in diesem Rat.

Ich gebe Ihnen Recht, die schwierige Ausgangslage verlangt grosse Anstrengungen von uns, dass der finanzielle Gap, der sich aufgrund unserer Strategie vorübergehend auftut, nicht zu gross wird. Mittelfristig müssen wir wieder zu einem ausgeglichenen Haushalt zurückkehren können, wie das Finanzhaushaltgesetz auch verlangt. Dazu gehören einerseits Einsparungen beim relativ kleinen, kommunal beeinflussbaren Aufwand. Dass es sich dabei um einen sehr sensiblen Bereich handelt, haben wir bei der SLA gesehen. Es braucht Fingerspitzengefühl, da ein grosser Teil dieser Ausgaben Bereiche beschlägt, die unsere Attraktivität als Wohn- und Wirtschaftsstandort ausmachen, und die wir deshalb nicht gefährden dürfen. Natürlich brauchen wir auch Mehreinnahmen, wie wir sie mit unserer Immobilienstrategie avisieren. Eine entsprechende Vorlage werden Sie noch vor den Sommerferien erhalten, wo es um die Veräusserung von entbehrlichen Baurechtsgrundstücken geht.

Diese Anstrengungen bringen aber nicht sehr viel, wenn politische Entscheide auf kantonaler Ebene dazu führen, dass unsere Einsparungen oder Mehreinnahmen gleich wieder überkompensiert werden. Der SR zeigt sich deshalb erleichtert darüber, dass der Regierungsrat vorläufig einen Marschhalt bei den Steuerentlastungen einschalten will. Es bleibt zu hoffen, dass auch der Kantonsrat diesem Antrag folgen wird, weil sonst die gemeinsame Entwicklungsstrategie in Frage gestellt ist. Wir brauchen eine nachhaltige Finanzpolitik, die dafür sorgt, dass sich unsere Stadt im Konkurrenzkampf der Standorte auch künftig mit einem hochstehenden Service public und zeitgemässen öffentlichen Infrastrukturen behaupten kann. Hier braucht es auch einmal den Mut der politisch Verantwortlichen, gegen den Mainstream des überbordenden Steuerwettbewerbs einzustehen. Das Abstimmungsresultat im Kanton Zürich zu den Vorschlägen für Steuergesetzrevisionen vom letzten Monat macht hier Mut. Ich zitiere aus dem Tagesanzeiger vom 14. Mai 2011, Seite 13, einen Artikel mit dem Titel "Der Kopf hat entschieden, nicht das Geld": *Eine Mehrheit (der Bevölkerung) will, dass die öffentliche Hand genügend Mittel zur Verfügung hat, um ein gutes Angebot in Bildung, Verkehr, Kultur und so weiter aufrechtzuerhalten. Es leuchtete ihr nicht ein, weshalb die Steuern gesenkt werden sollen, wenn gleichzeitig Sparpakete geschnürt werden.*

Erlauben Sie mir an dieser Stelle noch einige Bemerkungen zu den Zahlen, die bereits der GPK-Präsidenten erwähnt hat:

Ertrag von CHF 214.9 Mio.:

Der Steuerertrag von CHF 115.675 Mio. übertraf das Budget auf dem Papier zwar um CHF 0.56 Mio. Darin ist aber die nicht geldwirksame Auflösung des Delkrederes bei den Steuern der natürlichen Personen über CHF 5.2 Mio. enthalten. Das eigentliche Steuersoll blieb CHF 5.9 Mio. unter dem Budget und rund CHF 4 Mio. unter der Rechnung 2009. Dieser Einbruch wiegt schwer und ist vor allem bei den tieferen Zu- und Abrechnungen der vergangenen Jahre zu suchen. Diese fielen um CHF 5.6 Mio. tiefer aus als budgetiert. Die Prognosen für die Zu- und Abrechnungen im Vorjahr sind sehr schwierig, weil - hier nehme ich Bezug auf den Vorwurf von Walter Hotz, wir hätten dies viel früher sehen sollen - in der Regel zuverlässige Prognosen erst im letzten Quartal eines Jahres möglich sind (Zu- und Abrechnungen im Jahr 2009 haben sich von August bis Ende Jahr noch über 2 Millionen Franken verändert). Die Hauptgründe für die Veränderung liegen vor allem auf der kantonalen Ebene und sind bei folgenden Faktoren zu suchen:

- Erhöhte Kinderabzüge und Kinderbetreuungsabzüge
- Höhere Abzugsmöglichkeiten für Berufsauslagen
- Ausgleich kalte Progression
- Veränderungen in den Anstellungsverhältnissen der Steuersubjekte (z.B. Kurzarbeit, ALV)
- Unerwartet hohe abzugsfähige energetische Investitionen in Liegenschaften aufgrund von Förderanreizen.

Die Einnahmen der juristischen Personen blieben einigermaßen konstant. Mit CHF 20 Mio. ging 2010 CHF 1 Mio. mehr ein als budgetiert, aber im Vergleich zum Vorjahr resultierte immer noch eine Abnahme um CHF 1.63 Mio. Positiv ist die Steigerung bei den Quellensteuern: Mit CHF 7.129 Mio. liegen sie CHF 1.129 Mio. über Budget.

Aufwand von CHF 217.1 Mio.:

Dass dieser im Vergleich zum Vorjahr angestiegen ist, hat nichts mit dem Verwaltungsaufwand zu tun, sondern hauptsächlich mit den Abschreibungen (plus gut CHF3 Mio.) und nicht geldwirksamen, internen Verrechnungen (plus CHF 2.4 Mio.). Die Stadt hat also ihre Kosten im Griff. Das zeigt sich auch an den rekordtiefen Nachtragskrediten, die 2010 in der Laufenden Rechnung erstmals seit über 10 Jahren unter 1 Million Franken zu liegen kamen. Mit diesen Zahlen kann man die Stimmungsmache von Hermann Schlatter klar widerlegen. Der Abstimmungskampf für die Verfassungsrevision hat scheinbar bereits begonnen. Ich werde auf dieses Thema deshalb nicht weiter eingehen.

Als Dienstleistungsunternehmen mit rund 1'500 Mitarbeitenden bei umgerechnet 900 bis 1000 Vollzeitstellen stellt natürlich der Personalaufwand mit CHF 95 Mio. (2009: CHF 95,208 Mio.) = 45 % den grössten Brocken dar. Erfreulicherweise haben hier die Anstrengungen des SR gefruchtet: Die Ausgaben blieben CHF 1.55 Mio. unter dem Budget. Darin enthalten sind 0.7 % Lohnsummenentwicklung. Im Vergleich zu 2009 sank der Personalaufwand um rund CHF 0.2 Mio. Dieses Jahr trägt das Personal mit einer Nullrunde beim Lohn einen wesentlichen Beitrag zum finanziellen Wohlergehen der Stadt bei. Das verdient Anerkennung. Dem SR ist aber klar, und das möchte ich an dieser Stelle deponieren, dass diese Sparmassnahme eine einmalige Sache bleiben muss. Wir sind auf qualifiziertes und motiviertes Personal angewiesen. Deshalb werden wir dafür zu sorgen haben, dass es für die Mitarbeitenden, welche den wertvollen Service public zugunsten unserer Bevölkerung garantieren, 2012 wieder eine Lohnperspektive geben wird.

Der Sachaufwand kam rund CHF 1.2 Mio. höher zu liegen als budgetiert. Der Hauptposten findet sich hier beim Winterdienst von über CHF 1.2 Mio. Im Vergleich zu 2009 sank der Sachaufwand um CHF 0.2 Mio. Die stärkste Aufwandsteigerung im Vergleich zum Budget 2010 ist bei den Abschreibungen von CHF 15.751 Mio. auszumachen, sie fielen gut CHF 3.4 Mio. höher als budgetiert aus. Dies liegt an den im Vergleich zum Budget höheren Investitionen und an den neuen internen Abschreibungsregeln, welche zur umgehenden Abschreibung von Restwerten unter CHF 100'000.-- führten. Nach wie vor stellen die Soziale Wohlfahrt und die Bildung die beiden Hauptausgabeposten dar. Sie erreichten 2010 zusammen erstmals einen Betrag von über CHF 100 Mio. Bei den weiteren Ausgaben ist darauf hinzuweisen, dass der Aufwand für die Verwaltung von CHF 20.6 Mio. seit 3 Jahren sinkend ist.

Die Investitionsrechnung zeigt, dass die Stadt 2010 mit CHF 41.1 Mio. einmalig viel investiert hat, es waren brutto CHF 6.2 Mio. und netto CHF 3.8 Mio. mehr als budgetiert. Der Ausgabenüberschuss beträgt CHF 32 Mio., also doppelt so viel wie 2009 (CHF 16.5 Mio.). Zum Vergleich: Der Kanton hat 2010 brutto CHF 10 Mio. weniger investiert. Dass das Jahr 2010 finanziell ein schwieriges geworden ist, hängt also auch mit diesen hohen Investitionen zusammen. Allein das Künzle-Heim und die KSS-Eissportanlagen schlagen mit rund CHF 20 Mio. Investitionskosten im Verwaltungsvermögen zu Buche. Das hat sich zwangsläufig auf die Finanzkennzahlen ausgewirkt - wie bereits vom GPK-Präsidenten erwähnt. Dies hat nun eine höhere Bruttoverschuldung und eine deutlich höhere ungedeckte Schuld zur Folge. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass diese Investitionen aus Volksabstimmungen resultierten, einen echten Mehrwert für die Bevölkerung darstellen, dem heimischen Gewerbe wichtige Aufträge beschert haben und sich positiv auf die Standortqualität und damit auf die Zukunft der Stadt auswirken. Im Jahr 2011 werden die Investitionen wieder wesentlich tiefer ausfallen.

Da in der Laufenden Rechnung ein Defizit zu verzeichnen ist, können die Nettoinvestition nicht gedeckt werden, weshalb sich ein Finanzierungsfehlbetrag von CHF 20.4 Mio. und ein Selbstfinanzierungsgrad von nur noch 38.84% ergibt. Sie steigt aufgrund des Defizits in der Laufenden Rechnung und den einmalig hohen Investitionen von CHF 60,974 Mio. auf CHF 84.746 Mio (2008: CHF 50,596 Mio.).

Pro Kopf der Bevölkerung steigt der Anteil der ungedeckten Schuld somit von CHF 1'749.36 auf CHF 2'426.--, unter CHF 2'000.-- gilt als gut, jetzt liegen wir leicht darüber. Aber das ist überhaupt noch nicht kritisch. Es ist absehbar, dass die Verschuldung aufgrund der anspruchsvollen Investitionen der nächsten Jahre (Agglomerationsprogramm, Wohnraumentwicklung, RSE-Projekte und so weiter) noch weiter ansteigen wird, wenn auch nicht mehr im gleichen Ausmass wie 2010.

Wie beim Kanton sollte es aber spätestens ab 2013/14 wieder aufwärts gehen, das heisst, dass ab dann wieder positive Ergebnisse in der Laufenden Rechnung und damit auch Spielraum zur Reduktion der Schulden vorhanden sein sollte. Dazu wird hoffentlich auch die wirtschaftliche Entwicklung beitragen. Die Entwicklung des BIP und der Arbeitslosenzahlen sind zum Glück immer noch positiv, auch wenn die Wachstumszahlen für 2012/13 von den Konjunkturprognostikern wegen dem Erstarren des Schweizer Frankens und den Unsicherheiten der Euro-Schuldenkrise etwas abgeschwächt worden sind.

Gemäss der heute publizierten Prognose der KOF ETH ist 2011 mit einem Wachstum von rund 2.8% zu rechnen, für das Jahr 2012 mit 1.9%. Zudem ist der Schweizer Arbeitsmarkt weiter im Aufwind. Die Arbeitslosenquote sank im Mai dieses Jahres auf 2.9%. Der Rückgang gegenüber dem Vorjahresmonat beläuft sich auf 0.9 Punkte. Der Anteil der Ganz- und Teilarbeitslosen an der Gesamtbevölkerung ist auch in unserem Kanton gesunken, im Mai um 0.3%. Sie beträgt jetzt 2.1% - das macht doch auch Mut, und wir sind zuversichtlich, dass der erhoffte Erfolg mit der avisierten Strategie auch eingefahren werden kann. Der Stadtrat beantragt Ihnen, auf die Rechnung 2010 einzutreten und den Anträgen der GPK zuzustimmen.

Zum Schluss erlaube ich mir noch folgende Bemerkungen zum Votum von Hermann Schlatter, das ich als reine Stimmungsmache empfunden habe. Er wirft der Stadt vor, sie würde den Kontakt mit dem Kanton nicht suchen, vor allem, wenn es um gemeinsame Geschäfte gehe. Er hätte in seinem eigenen Departement nachfragen sollen, dann wäre ihm sofort aufgefallen, dass er sich auf dem Holzweg befindet. An dieser Stelle gehe ich jedoch nicht weiter darauf ein. Auch die Frage betreffend AHV bei den Heimärzten war pure Stimmungsmache. Die GPK wird an ihrer nächsten Sitzung vom Donnerstag, 23. Juni 2011, von der Spezialistin des Personaldienstes umfassend informiert. Ich kann dazu nur Folgendes erwähnen: Zu welchem Zeitpunkt Heimärzte ihren Arbeitseinsatz der letzten beiden Monate des Jahres in Rechnung stellen, entzieht sich unserer Einflussnahme, vor allem, ob diese Rechnungsstellung noch im alten Jahr stattfindet. Aber die GPK wird anlässlich der erwähnten Sitzung vom Personaldienst detailliert über diese Thematik informiert. “

SR Peter Kämpfer

Stellungnahme

”Ich möchte an dieser Stelle zu einigen Bemerkungen in der SVP/EDU-Fraktionserklärung von Hermann Schlatter Stellung nehmen. Darin wird gegenüber der Immobilienverwaltung Fehlverhalten suggeriert. Dies möchte ich an dieser Stelle klar und deutlich zurückweisen. Betreffend Hemmental: Das Grundstück wurde dem Stadtrat mittels einer Anfrage unterbreitet; der Stadtrat hat sich unter

dem Gesichtspunkt, dass alles andere Land rund um das betroffene Grundstück bereits der Stadt gehört, in der ZÖBAG eingezont ist und an eine bisherige Wohnbauzone grenzt, entschlossen, dem Landkauf auch unter dem Aspekt "Zukünftige Wohnraumentwicklung und Wohnraumsicherung" zuzustimmen. Es ist richtig, dass der Stadtrat keine Kenntnis von der Vorgeschichte hatte; wir ziehen es generell vor, neutral vorzugehen und nicht in der Geschichte zu wühlen. Wir haben aber Ihre Kritik entgegen genommen und werden zukünftig bei Landgeschäften in Hemmental bei den damaligen Dorfverantwortlichen entsprechend nachfragen. Ansonsten kann der Immobilienverwaltung kein Fehlverhalten vorgeworfen werden. Wie schon immer von der GPK gefordert, wurde eine AGS-Schätzung eingeholt. Die Preisgestaltung entspricht genau dieser Einschätzung; wir haben uns, wie bisher üblich und gewünscht, auf diese Werte abgestützt. Aus Sicht der Stadt wurde kein Geld in den Sand gesetzt, sondern wir haben uns - wie ebenfalls bereits erwähnt - zusätzliche Landreserven am Rand eines Wohnbaugebiets gesichert. Dieser Landerwerb kommt der Stadt auch unter dem Aspekt einer zukünftigen Zonenplanüberarbeitung im Bereich Hemmental zu Nutze. Wenn jemandem ein Fehlverhalten angelastet werden könnte, dann wäre es dem AGS. Allerdings glaube ich nicht, dass es sich lohnt, weiterhin darüber zu diskutieren.

Zum Geschäft Wasserquelle: Es ist erstaunlich, wie bei jedem Geschäft nur das Negative herausgezogen wird. Der Verkauf der Wasserquelle wurde aufgrund eines Entscheids dieses Parlaments getätigt. Der Grosse Stadtrat hat keine Vorgaben gemacht, dass wir nur an Gesellschaften verkaufen dürfen, die ihren Steuersitz in Schaffhausen haben. Die von Ihnen bei der Behandlung des Geschäfts in Zweifel gezogene volkswirtschaftliche Berechnung hatte sich auf die zu erwartenden Mieter bezogen und nicht auf die Erträge der neuen Besitzerin des Objekts. Wäre der Käufer eine Pensionskasse gewesen, wären auch keine Steuereinnahmen erfolgt. Wir haben also keine falschen Annahmen und keine falschen Berechnungen zu Grunde gelegt; es wurde eine korrekte Ausschreibung gemäss Beschluss in diesem Parlament gemacht. Den Zuschlag bekam der Interessent mit dem besten Preis und der grössten Gewähr für eine entsprechende Renovation dieses Denkmal geschützten Objekts. Wir haben sehr gute Arbeit geleistet und werden in Zukunft grosse Freude an diesem für die Altstadt wichtigen Objekt haben.

Es wurde des Weiteren erwähnt, dass die internen Kosten für die Bauleitung nicht überall berechnet werden. In der GPK wurde ausführlich darüber informiert, wann dies gemacht wird und wann nicht. Interne Kosten werden nur dann verrechnet, wenn Weiterverrechnungen möglich sind (zum Beispiel bei subventionsberechtigten Objekten) oder sofern dies aus statistischen Gründen von höherer Stelle verlangt wird. Ansonsten werden innerhalb der Stadt keine intern erbrachten Bauleitungskosten verrechnet. Jetzt müssen Sie mir erklären, warum im vorliegenden Fall die Kosten verrechnet werden sollen und bei allen anderen nicht - ausser Sie verlangen die Einführung der Vollkostenrechnung, was aber für die Stadt einen immensen Verwaltungsaufwand verursachen würde, den wir uns momentan bestimmt nicht leisten können. Wir machen hier also keine Ausnahme; Sie können sich aber jederzeit gerne bei der Zentralverwaltung nach weiteren Details erkundigen. "

SR Urs Hunziker

Stellungnahme

"Ich möchte kurz Stellung zum Votum von Hermann Schlatter nehmen: Ich habe bereits in der GPK darüber informiert. Wo immer möglich, wird zentral eingekauft, beispielsweise Pflegebetten und -materialien. Der Einkauf ist so organisiert, dass

nicht gemeinsam bestellt werden muss, sondern die Bestellungen sind in einer Art Pool zusammengefasst und kommen somit trotzdem in den Genuss von Rabatten. Grundnahrungsmittel werden nach Möglichkeit in der Stadt und bei möglichst verschiedenen Lieferanten eingekauft. Selbstverständlich könnte das Fleisch beispielsweise auch beim Cash and Carry eingekauft werden, obwohl ich glaube, dass viele nicht damit einverstanden wären, wenn das einheimische Gewerbe nicht mehr berücksichtigt wird.

Zum Votum von Christa Flückiger: Es ist tatsächlich eine Tatsache, dass wir in den städtischen Altersheimen mit häufigen krankheitsbedingten Ausfällen konfrontiert sind. Das liegt aber nicht daran, dass wir Stellen einsparen. Wir müssen einen genauen Schlüssel einhalten, das heisst das Pflegepersonal ist aufgrund der BESA-Pflegepunkte zu berechnen. Vorübergehend konnten wir tatsächlich Pflegebetten nicht belegen, weil mehrere Pflegepersonen gleichzeitig ausfielen, unter anderem eine Stationsleitung, deren Stelle aufgrund von Krankheit nicht besetzt werden konnte. Es können zwar Stellvertretungen eingesetzt werden, was bei der Stationsleitung aber nicht so einfach ist. “

Walter Hotz (FDP)**Votum**

”Erlauben Sie mir zwei Bemerkungen: Die erste richtet sich an SR Peter Neukomm bezüglich der Steuereinnahmen, die erst im letzten Quartal des Jahres analysiert werden können. Ich habe mich bereits letzte Woche erkundigt, wie es für das Jahr 2011 aussieht. Es wurde mir signalisiert, dass die Steuereinnahmen nochmals massiv eingebrochen sind. Ich glaube nicht, dass man einfach bis zum letzten Quartal abwarten kann - man sollte sich mindestens wöchentlich informieren.

Die zweite Bemerkung richtet sich an SR Peter Käppler und bezieht sich auf die Wasserquelle: Auch hier habe ich von einem Käufer andere Informationen erhalten, muss diese allerdings nochmals bestätigen lassen. Dieser Käufer hat mir gesagt, er habe das beste Angebot mit über CHF 50'000.-- gemacht. Ich kann dies jetzt nicht belegen, werde mich nochmals seriös erkundigen und meine Aussage überprüfen. “

Hermann Schlatter (SVP)**Votum**

”Bezüglich Verrechnung der internen Kosten: Meine Fraktion stimmt mit mir zum Thema Verrechnung interne Kosten überein. Es war der heutige Ratspräsident Edgar Zehnder, der in der Museumskommission verlangt hatte, dass die Leistungen der Bauabteilung bei Kosten, die schlussendlich buchhalterisch aktiviert werden, verrechnet werden. Insbesondere beim Objekt Marienstift haben wir dieses Thema wieder aufgebracht. Dort wurde uns aber gesagt, dies sei nicht Usanz. Anlässlich der Rechnungsdebatte konnten wir feststellen, dass die vorgeschlagene Aktivierung beim Museum vorgenommen wurde - deshalb habe ich dann meine Frage entsprechend gestellt. Wenn wir im Finanzvermögen investieren - das wir primär nicht abschreiben müssen - entlasten wir mit den zurzeit mit CHF 70'000.-- veranschlagten Baukosten ja unsere Laufende Rechnung. Gerade heute wurde uns wieder gesagt, wir seien auf dem guten Weg, es könne nur noch besser werden. Wir werden also später wieder über finanzielle Mittel verfügen, wo wir - sofern wir das wollen, das Finanzvermögen muss nicht abgeschrieben werden, wenn es nicht überbewertet ist - dann Abschreibungen vornehmen können. Im Moment wäre es einfach eine Entlastung, und ich habe nicht verlangt, dass man zu internen Kostenverrechnungen (Laufende Rechnung) übergehen soll. Das möchte ich an dieser Stelle nochmals klar deponieren. In meiner Fraktion haben wir nochmals

darüber diskutiert, und ich habe hier im Rat nur deren Meinung vertreten.

Hemmental: Hier wurde jetzt meiner Meinung nach schon "schön geredet". Es würde aber an dieser Stelle zu weit führen, die ganze Geschichte nochmals aufzurollen. Ich möchte einfach zu bedenken geben, dass rundherum Landwirtschaftsland ist - das kann Ihnen Daniel Schlatter, der früher Baureferent war, sicherlich bestätigen, dass die Gemeinde Hemmental zwischen der Wohnzone und der seinerzeitigen und heutigen Gewerbezone einen Grüngürtel gelegt hat. In diesem Grüngürtel, der Landwirtschaftsland darstellt, liegt diese ZÖBAG-Zone, ausgeschieden für einen Sportplatz. Es ist vermutlich allen in diesem Rat angesichts der finanziellen Lage klar, dass in Hemmental zurzeit kein Sportplatz finanzierbar ist. Aus meiner Sicht wäre dies nicht einmal notwendig, da wir ja jetzt bei der Stadt Schaffhausen sind und deren öffentlichen Sportplätze benutzen können. Es hätte der Planungsabteilung bewusst sein müssen, dass die gesamte Zone Hemmental noch zu überprüfen ist. Es wäre durchaus denkbar gewesen, dem Anbieter mitzuteilen, dass - sofern nach der Überprüfung die ZÖBAG-Zone weiterhin bleibt - erneute Verhandlungen aufgenommen werden können. Die gleiche Bauabteilung, das gleiche Baureferat sagt bei Einzonungen, man wolle inskünftig den Mehrwert abschöpfen. Hier hat jetzt ein Eigentümer aus Landwirtschaftsland ZÖBAG-Land gemacht. Andere Eigentümer erhalten CHF 5.-- und besagter Besitzer CHF 145.--. Und das soll gerecht sein? Wenn die Bauabteilung dieser Meinung ist, dann ist es halt so.

Bezüglich Stimmungsmache: Ich habe klar drei Sachen erwähnt, nämlich diese Expertisen/Gutachten für die Strategie für die städtischen Restaurants, die Schliessungszeiten der Kebab-Stände oder die jüngste Erhebung über das Thema Sicherheit in der Stadt Schaffhausen. Ich bin sicher, dass nicht nur die SVP-Fraktion eine Überprüfung gefordert hätte, wäre anlässlich der ordentlichen Budgetberatung darüber zu diskutieren gewesen. Vielleicht wären diese gar nicht genehmigt worden. Ich habe nie behauptet, dass ungerechtfertigterweise Nachtragskredite entstanden seien. Walter Hotz hat in seinen Ausführungen ebenfalls erwähnt, dass Nachtragskredite gelaufen sind, wie beispielsweise Beitrag TeleD von CHF 10'000.--, den die GPK im Jahr 2009 gestrichen hat und die Wirtschaftsanalyse für CHF 49'500.--. Hier hätte das Parlament allenfalls gar nicht zugestimmt. Aber mit dem Instrument Nachtragskredit kann das Parlament nichts dazu sagen. "

SR Peter Käppler

Votum

"Ich kann Ihnen an dieser Stelle sagen, dass sämtliche Dossiers der GPK offen gelegt werden, wir haben niemanden angelogen. Sofern Sie mit besagter Person diejenige meinen, die ihr Angebot zurückgezogen hat, dann war dieses zum Zeitpunkt der Bewerbung nicht mehr gültig. Als der Stadtrat seine Entscheidung traf, waren sämtliche Angebote auf dem Tisch. Aber es gab allerdings auch Personen, die ihre Eingaben zurückzogen.

Zu Hemmental: Nicht der Verkäufer hat das Land zu ZÖBAG-Land umgezont, sondern die Gemeinde Hemmental. ZÖBAG-Land wird aufgrund des benachbarten Landes geschätzt. Auf der einen Seite befindet sich Wohnbau land, auf der anderen Seite ZÖBAG-Land, keine Landwirtschaftszone. Das hat die Gemeinde Hemmental so beschlossen. Wir haben uns gemäss vorherrschender Praxis auf die Schätzung des AGS gestützt und basierend auf diesen Angaben entsprechend entschieden. Wir können uns in Zukunft vielleicht etwas vertiefter mit der Geschichte Hemmentals befassen; aber ich bitte Sie zu beachten, dass wir in diesem Fall diese nicht aufgerollt haben und unsere Entscheidung auf Basis der Empfehlungen des AGS

gefällt haben. “

Stadtpräsident Thomas Feurer

Votum

”Ich wechsele von Hemmental nach Diessenhofen, das noch nicht zu Schaffhausen gehört. TeleD leistet einen bemerkenswerten Beitrag zur Kultur und auch zur politischen Berichterstattung von Schaffhausen. Wir waren uns sehr wohl bewusst darüber, dass die GPK - und auch das Parlament - diesen wiederkehrenden Beitrag, den wir damals nicht nur TeleD, sondern auch dem Schaffhauser Fernsehen paritätisch zukommen lassen wollten, gestrichen hat. TeleD feierte sein Jubiläum, wir haben gemeinsam mit dem Kanton einen einmaligen Jubiläumsbeitrag an den Übertragungswagen geleistet. Von TeleD wurde dies sehr positiv bemerkt, auch wenn sie nicht sehr glücklich waren, dass die Stadt keine wiederkehrende Unterstützung leisten kann. Nicht nur von TeleD, auch vom Schaffhauser Fernsehen wird extrem viel Goodwill von Leuten mit Freiwilligenarbeit geleistet. Es erscheint uns wichtig, dies im richtigen Kontext darzustellen.

Betreffend Nachtragskredite: Diese waren noch nie so tief wie jetzt. Ich versichere Ihnen an dieser Stelle, dass wir jeden Nachtragskredit genau überprüfen. Das Budget wird im Juni gemacht, mit einer Planung auf einen Zeithorizont von eineinhalb Jahren. Wenn hier von Nachtragskrediten in der Höhe von 1 Million Franken gesprochen wird - die grösseren Beträge stammen bekanntlich aus dem Parlament - gehören diese zu unserer unternehmerischen Pflicht. Unter dem Strich haben wir in der Rechnung 2010 sehr viel mehr eingespart als an einem anderen Ort ausgegeben wurde.

Betreffend Expertise für die städtischen Restaurants:

Hier möchte ich die GPK und alle diejenigen Parlamentarier, die früher einmal in der GPK waren, daran erinnern, wie viel Geld uns das wenige, im Stadtrat vorhandene Know how über Restaurantbetriebe in den letzten Jahren gekostet hat. Aus diesem Grund war es sicherlich richtig, diese Expertise, die zugegebenermassen einiges gekostet hat, in Auftrag zu geben und einmal einen Profi über dieses Thema nachdenken zu lassen. “

Der **Ratspräsident, Edgar Zehnder (SVP)**, stellt fest, dass kein Antrag auf Nichteintreten gestellt wird, EINTRETEN ist somit beschlossen.

DETAILLBERATUNG

Der **1. Vizepräsident, Dr. Raphaël Rohner (FDP)**, verliest das gebundene Buch der Jahresrechnung 2010 der Einwohnergemeinde Schaffhausen und die Vorlage des Stadtrats vom 19. April 2011, Seiten 1 bis 32 sowie den Antrag auf Seite 33 wie folgt:

IV. Laufende Rechnung, Seite 19 bis 200:

Wortmeldung Ernst Spengler, Seite 32 und Seite 38:

”Seite 32, Stadtkanzlei, Position 301.000, ist folgender Kommentar aufgeführt: Seit Mai 2010 ist die Rechtsberatung Bau und Umwelt wieder im Rechtsdienst des Stadtrats bei der Stadtkanzlei eingegliedert. Die entsprechenden Besoldungsanteile in der Höhe von CHF 70'500.-- wurden aus dem Budget Bausekretariat zur Stadtkanzlei übertragen.

Seite 38, Bausekretariat: Budgetübertragung auf Konto 0220.301.100 SRB CHF 70'500.--. Budgetiert waren hier Besoldungen CHF 570'000.-- minus CHF 70'000.-- = CHF 500'000.--, ausgewiesen wurden CHF 650'000.--. Ich möchte wissen, woher die CHF 150'000.-- stammen. In solchen Fällen wäre ein aufschlussreicher Kommentar wertvoll. "

SR Peter Kämpfer:

"Die Verschiebung steht meines Erachtens im Zusammenhang mit der Umorganisation beim Bausekretariat, Immobilien und dem Werkhof Hochstrasse, die wir auch der GPK an einer Sitzung ausführlich präsentiert haben. Vieles davon war allerdings anlässlich des Budgetprozesses noch nicht im Detail bekannt. Ich liefere Ihnen die verlangte Information aber gerne zu einem späteren Zeitpunkt nach. "

V. Investitionsrechnung, Seite 203 bis 240:

Wortmeldung Andi Kunz (AL), Seite 208:

"Erlauben Sie mir eine Frage zu Position 506.212 Punktuelle Videoüberwachung: Der Investitionsrechnung ist zu entnehmen, dass die Kosten für die Bereitstellung des Betriebs der Videoüberwachungsanlage mit bislang rund CHF 40'000.-- zu Buche geschlagen hat. Ich würde gerne wissen, weshalb trotz Inbetriebnahme der Anlage am 15. Dezember 2010 erst knapp ein Sechstel des vom GrSR bewilligten Kredits von CHF 186'000.-- investiert wurde. Verläuft die Umsetzung der punktuellen Videoüberwachung nach Plan und wie steht es um die Einhaltung der in der Vorlage vom 10. November 2009 ausgewiesenen Kosten? Ich bedanke mich im Voraus für Ihre Antwort. "

SR Jeanette Storrer:

"Ich kann dafür folgende Gründe nennen: Die in der Rechnung ausgewiesenen Kosten sind bis Ende Jahr 2010 angefallen. In 2011 sind weitere CHF 78'000.-- dazu gekommen. Für die Umsetzung der Videoüberwachung in der Stadt Schaffhausen wurde vom bewilligten Kredit von CHF 186'000.-- ein Betrag von rund CHF 120'000.-- benötigt. Das Projekt ist jedoch bereits abgeschlossen, es werden also keine weiteren Rechnungen mehr kommen."

VI. Verpflichtungskreditkontrolle, Seite 245 bis 254:

Wortmeldung von Ernst Spengler (SVP), zu Seiten 247, 249 und 253:

- Seite 247: Museum 301.503.319:
Hier ist ein Restkredit von CHF - 1,2 Mio. aufgeführt.
- Seite 249: Altersheim Künzle-Heim 570.503.528:
Hier figuriert ein Restkredit von CHF - 2,9 Mio.
- Seite 253: Kammgarn 942.703.121:
Kreditbewilligung im Budget 2008 CHF 370'000.--
Restkredit CHF - 210'000.--

Hier liegen verschiedene Leichen im Keller. Wir erwarten eine detaillierte Information sobald die Projekte abgeschlossen sind. "

Stadtpräsident Thomas Feuerer:

"Die grösste Differenz ergibt sich durch die CHF 913'000.-- Teuerungszuschlag, der in den CHF 6,5 Mio. Kredit nicht berücksichtigt wurde. Verschiedene Abrechnungen

sind noch nicht abgeschlossen. Wir haben tatsächlich mehr Geld für die Erneuerung der Fenster aus energetischer Sicht ausgegeben. Sobald die Bautätigkeiten abgeschlossen sind, werden wir selbstverständlich einen Bericht erstellen. “

SR Peter Käppler:

”Auch hier kann ich Ähnliches sagen: Was in der Verpflichtungskreditkontrolle abgebildet wird, ist die Geldflussrechnung und keine eigentliche Bauabrechnung. Beim Künzle-Heim sieht es nicht nach Kostenüberschreitung aus; sobald die definitive Abrechnung vorliegt, werden wir Sie entsprechend informieren. Dies gilt auch für die Position Kammgarn, auch hier werden Sie nach Vorliegen der endgültigen Bauabrechnung entsprechend informiert. Wir sind daran, uns zu überlegen, von welchen Projekten eine detaillierte Abrechnung der GPK, der FK Bau oder dem Parlament vorgelegt werden soll. “

VII. Spezialfinanzierungen, Seite 256 bis 270

Keine Wortmeldungen

VIII. Städtische Fonds, Seite 272 bis 294

Keine Wortmeldungen

IX. Spezialverwaltungen, Seite 298 bis 350

Keine Wortmeldungen

X. Stiftung Impuls, Seite 353 bis 360

Keine Wortmeldungen

XI. Betriebe, Seite 363 bis 389

Keine Wortmeldungen

Kapitel I bis III, Seite 1 bis 17

Seite 2 bis Seite 17: Keine Wortmeldungen

Der **1. Vizepräsident, Dr. Raphaël Rohner (FDP)**, verliest die VdSR vom 19. April 2011, Seite 1 bis 32 sowie den Antrag auf Seite 33 wie folgt:

ANTRAG

Die vorliegende Jahresrechnung 2010 der Einwohnergemeinde Schaffhausen wird genehmigt und gemäss Art. 11 lit. c der Stadtverfassung dem fakultativen Referendum unterstellt. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*

Der **Ratspräsident** stellt den Geschäfts- und Verwaltungsbericht 2010 des Stadtrats zur Diskussion. Es erfolgen keine Wortmeldungen.

SCHLUSSABSTIMMUNG

Der Grosse Stadtrat heisst die Jahresrechnung 2010 der Einwohnergemeinde Schaffhausen mit 31:0 Stimmen gut.

Das Geschäft ist erledigt.

**Traktandum 2 VdSR vom 15. Februar 2011: Überführung der Pilotphase
Finanzhilfe für pflegende Angehörige ins Definitivum****Iren Eichenberger (OeBS)****Bericht der Fachkommission Soziales**

„Die Vorlage Überführung der Pilotphase Finanzhilfe für pflegende Angehörige ins Definitivum ist für viele in diesem Rat ein alter Bekannter, der heute zwar geliftet, aber nicht wirklich fitter zu unserer Sitzung erscheint. Da ich im letzten Jahrhundert die Idee zu dieser Vorlage mittels Motion lancierte, hat mich die Fachkommission Soziales, Bildung, Betreuung, Kultur und Sport auserkoren, Ihnen heute unseren Kommissionsbericht vorzustellen. Die Fachkommission Soziales hat sich an zwei Sitzungen mit der Vorlage befasst und legt Ihnen heute vier Änderungen zur Verordnung und zwei Ergänzungen zu den Anträgen vor.

Wie Sie in der Einführung zur Vorlage lesen, bestand die Ursprungsidee in der Unterstützung von Angehörigen, die kranke oder behinderte Mitglieder ihrer Familie trotz bescheidenem Einkommen pflegen und dafür ganz oder teilweise auf bezahlte Erwerbstätigkeit verzichten. Der SR tat sich während der letzten 15 Jahre schwer mit der Umsetzung dieser Forderung. Eine erste Vorlage wurde 2000 bereits vom Stadtrat zurückgewiesen. Ein zweiter Versuch 3 Jahre später liess die eigentliche Forderung, nämlich die finanziellen Leistungen für pflegende Angehörige völlig ausser Acht und musste von der vorbereitenden Kommission im Kern umgearbeitet werden. So entstand eine Verordnung, die den Pflegenden bei Erfüllung der definierten Voraussetzungen CHF 25.-- pro Tag zusagte, wenn damit ein Heimeintritt oder Spitexhilfe vermieden würde. Die zulässige Einkommens- und Vermögensgrenze wurde nach dem Familien – und Sozialzulagegesetz bemessen. Zudem wurde für die Gesamtausgaben ein Kostendach von CHF 50'000.-- pro Jahr festgelegt. Wie sich während der Pilotphase von 2005 bis 2007 zeigte, waren die definierten Zugangshürden zu hoch, weshalb die Bedingung des Verzichts oder Teilverzichts auf Erwerbstätigkeit der Pflegenden in einer verlängerten Pilotphase aufgegeben wurde.

Trotzdem wurden auch 2009 nur 3 Gesuche bewilligt und ebenso viele mussten abgelehnt werden. Zur Vorbereitung der heutigen Vorlage hat die Bereichsleitung Betreuung der Stadt daher im letzten Sommer eine Umfrage bei vermittelnden Institutionen und Ärzten durchgeführt. Die Hilfe der Stadt wurde von diesen grundsätzlich begrüsst, aber die tiefen Einkommens- und Vermögenslimiten sowie der administrative Aufwand als Hindernisse genannt. Einige Organisationen wiesen betroffene Angehörige als Folge der Umfrage auf die Leistung der Stadt hin. Die bewilligten Gesuche stiegen daher sprunghaft auf 9, zwei erfüllten die Bedingungen nicht. Nach Meinung der befragten Fachpersonen werden mit der Leistung effektiv Spitexkosten und teure Heimeintritte vermieden. Pro Senectute und Spitex schätzen zwischen 36 bis 100 Personen, die in der Familie gepflegt werden. In einem städtischen Heim hätten diese Patienten für die Stadt verpflichtende Kostenfolgen von täglich zwischen CHF 80.-- bis CHF 166.--. Ein Beitrag von CHF 25.-- ist dagegen ein Pappenstiel. Wohl deshalb bezahlt die Stadt Basel allen pflegenden Angehörigen, unabhängig vom Einkommen, einen Beitrag von CHF 26.-- bis CHF 29.-- pro Tag; siehe dazu Beilage 2 der Vorlage.

Der Stadtrat stellt nun in seiner VdSR (Seite11/12) 5 Varianten von 0 bis 100 (Modell Basel) zur Diskussion und beantragt uns Variante 3. Diese sieht, abgesehen von der Minderung des administrativen Aufwandes, praktisch keine Verbesserung vor und belässt das Kostendach bei Fr. 50'000.-. In der Fachkommission haben sich bei der ersten Sitzung grundsätzlich alle Mitglieder positiv zur Idee einer finanziellen

Leistung für pflegende Angehörige geäussert. Eintreten wurde einstimmig, bei einer Abwesenheit, beschlossen. Mehrere, gerade auch die drei neuen Kommissionsmitglieder – alles Männer – bringen eigene, zum Teil langjährige Erfahrung in Angehörigenpflege mit. Entsprechend kritisch fiel auch die Diskussion des sehr zaghaften Vorschlages der Stadt aus. So wurde zum einen die Einkommenslimite von CHF 45'000.-- für Einzelpersonen und CHF 60'000.-- für Ehepaare als sehr tief empfunden und die Anhebung des Kostendachs in Erwägung gezogen. SR Urs Hunziker jedoch sah jede Ausweitung der Vorlage als grosses Risiko und riet dringend, beim Kostendach CHF 50'000.-- pro Jahr und damit innerhalb der Finanzkompetenz des GrSR zu bleiben. Alles andere würde eine Vorlage ans Volk bedingen, zu der er grosse Bedenken hätte. Eher noch wäre die Aufhebung des Kostendaches und die Schaffung einer Subventionsverordnung denkbar, aber auch dies hätte vor dem Volk schlechte Chancen.

Die Fachkommission hat zur Vorbereitung der 2. Sitzung ihre Fraktionen zu den strittigen Punkten „Kostendach erhöhen und Vorlage ans Volk“ oder „Verbleiben beim Vorschlag des SR“ befragt. Der Tenor war danach wesentlich zurückhaltender. Die Fachkommission wollte in der Folge mehrheitlich beim Kostendach CHF 50'000.-- bleiben und auf eine Volksabstimmung verzichten.

Bei der Beratung der **Verordnung** wurde in

- *Artikel 2* die formale Änderung vorgenommen, wonach der Artikel auch für Personen in eingetragener Partnerschaft gilt.
- Bei *Artikel 4* hat die Fachkommission dem Antrag auf Anhebung des maximal zulässigen steuerpflichtigen Einkommens auf CHF 60'000.-- für Alleinstehende, und CHF 80'000.-- für Ehepaare zugestimmt.
- *Artikel 6*, Absatz 1, Ergänzung: ... und deren Angehörige (auch diese sind antragsberechtigt).
- *Artikel 16*, Absatz 1, Einschub: ... rückwirkend auf den 1. Jan. 2011...

Die **Anträge** wurden wie folgt ergänzt:

- *Antrag 3*, zusätzlicher Satz: Wird das Kostendach erreicht, ist der SR verpflichtet, zuhanden des GrSR eine neue Vorlage zu erarbeiten.
- *Antrag 4* wird neu formuliert, nämlich: Der GrSR beauftragt den SR, über die Behandlung der eingereichten Gesuche im Verwaltungsbericht zu informieren.

Die Fachkommission Soziales beantragt Ihnen, die Vorlage mit den geänderten Anträgen zu genehmigen.

Abschliessend danke ich Stadtrat Urs Hunziker für seine Vertretung der Vorlage in der Fachkommission. Besonders bedanken möchte ich mich auch bei seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, allen voran der Bereichsleiterin Betreuung, Frau Monica Studer für ihre hervorragende Aufarbeitung der Vorlage, die nun leider nicht in ihrer vollen Perspektive vorgelegt wird. Herzlichen Dank auch Alice Riedel, die uns immer und rechtzeitig ein umfassendes Protokoll zugestellt hat. Danke auch allen Kommissionsmitgliedern. Sie haben mich mit ihrer engagierten, von eigener Erfahrung geprägten Diskussion zum Eintreten gefreut. "

OeBS/EVP/CVP-Fraktionserklärung:

Wir stimmen zu, sind aber vom Resultat dieser Vorlage mehrheitlich sehr ernüchtert, ja enttäuscht. Aus den beigebrachten Unterlagen hätte man auch andere, zukunftsweisendere Schlüsse ziehen können. Die Rechnung geht nämlich nicht auf, indem man die bescheidenen Kosten für die grosse und grossartige Arbeit, die

Angehörige leisten, von sich weg schiebt. Mehr als die Hälfte der Betroffenen weisen gesundheitliche Schäden auf und fühlen sich, wie Umfragen zeigen, über das Mass belastet. Sie bräuchten, wenn sie durchhalten sollen, dringend Hilfe und Entlastung. Diese aber ist nicht gratis zu haben. Es bleibt ihnen daher nichts anderes, als darauf zu verzichten oder zu ihrer Gratisarbeit auch noch die Kosten für den Entlastungsdienst des Roten Kreuzes, der Pro Infirmis oder für die Entspannung in der Massage selber zu zahlen.

Die Patienten ihrerseits zahlen seit Anfang des Jahres erheblich höhere Spitextarife, welche die ebenfalls neu ausgerichtete Hilflosen-Entschädigung der IV für die Pflege leichten Grades von Betagten, voll absorbieren. Auch dies in der Stadt ein Nullsummenspiel für die Betroffenen.

Die IV ihrerseits hat mit der 5. IV-Revision die Ehepaar Zusatzrente gestrichen. Den pflegenden Ehefrauen oder -männern wird eine Erwerbstätigkeit zugemutet. Wer arbeiten muss, kann aber nicht gleichzeitig seinen Partner pflegen.

Sie haben es gelesen: Der Handlungsbedarf in der Pflege ist dringend. Er kommt auf uns zu, auch wenn wir heute wegsehen. Die Vorlage nennt plus 57% über 80-Jähige in den nächsten 30 Jahren. Erschreckend sind auch die Prognosen für den enormen Bedarf an Pflegepersonen, der in den nächsten 20 Jahren absehbar ist. Es wäre somit dringend Bedarf zum Aufbau eines bezahlbaren, funktionsfähigen Versorgungssystems, und zwar unter Einbezug der Angehörigen.

Dennoch muss unsere Fraktion erkennen, dass die Stadt Schaffhausen offenbar nicht bereit ist, mit bescheidenen Investitionen jetzt Kosten zu vermeiden, die zwangsläufig als weit grössere Rechnungen der städtischen Heime oder auch der Spitex auf uns zukommen. Würde es um CHF 50'000.- jährliche Mehrkosten für die KSD gehen, würden wir es wohl achselzuckend hinnehmen. Das System fordert es, wir können der technischen Entwicklung nicht ausweichen. Der Entwicklung alter Menschen auch nicht - das ist der Denkfehler. "

Christine Thommen (FDP)

FDP-Fraktionserklärung

"Wir sprechen heute über ein Geschäft, dessen Vorgeschichte weit vor meiner Zeit hier im Grossen Stadtrat ihren Anfang genommen hat. Iren Eichenberger hat den historischen Rückblick bereits gemacht, ich brauche das nicht noch einmal zu wiederholen. Auffällig an dieser Vorgeschichte ist ihre Zähheit. Die Umsetzung dieser an sich guten Idee hatte und hat auch immer noch mit beachtlichen Geburtsschwierigkeiten zu kämpfen, und das nun schon seit mehreren Jahren. Daher stellte sich für unsere Fraktion die berechtigte Frage: Sollte man dieses Geschäft nicht besser sterben lassen, das Projekt also stoppen? Aus der demographischen Alterung ergibt sich heute eine grosse Herausforderung für unsere Gesellschaft. Es gilt, Lösungen für den steigenden Bedarf an Betreuung und Pflege für ältere pflegebedürftige Personen zu finden.

Die FDP-Fraktion ist sich des unschätzbaren Wertes, der die Pflege von Angehörigen für die nächsten Verwandten selbst, aber auch für die Gesellschaft und vor allem auch für unseren Staatshaushalt hat, sehr bewusst. Die Familie ist die wichtigste Institution bei der Übernahme von Pflegeleistungen im Alter. Eine Scharnierfunktion kommt insbesondere der mittleren Generation und hier vor allem den Frauen zu, welche eine bedeutende, nicht zu unterschätzende Rolle spielen. Vielfach ist es dank ihren Leistungen möglich, Eintritte der Pflege- und

Betreuungsbedürftigen in stationäre Einrichtungen zu verhindern oder hinauszuzögern. Gemäss Erhebungen des Bundesamtes für Statistik werden jährlich rund 16 Millionen Stunden an Pflegeleistungen für Angehörige erbracht. Würde diese Arbeit von bezahlten Fachpersonen ausgeführt, entspräche dies einer Lohnsumme von rund CHF 1.7 Milliarden.

Die Pflege von Angehörigen ist Teil der Freiwilligenarbeit, ohne die unser Gemeinwesen nicht beziehungsweise nicht auf einem solchen Level funktionieren könnte, wie es heute funktioniert. Sie ist aber eine besondere Form der Freiwilligenarbeit, da sie direkt der Familie, den nächsten Verwandten zu Gute kommt und daher für die Meisten wohl eine Selbstverständlichkeit ist. Aber es ist eine physisch und psychisch teilweise sehr belastende Selbstverständlichkeit.

Es braucht deshalb Angebote, die pflegende Angehörige in ihrer Tätigkeit unterstützen, aber auch entlasten. In der Stadt Schaffhausen besteht ein vielfältiges Angebot an solchen Entlastungsangeboten. Zu nennen sind beispielsweise die Möglichkeiten für Tagesbetreuung, für Nachtaufenthalt und auch Ferienplätze in den Altersheimen - Angebote, welche die pflegenden Angehörigen unmittelbar physisch und psychisch entlasten können.

Die Finanzhilfe für Pflegende Angehörige, über die wir hier diskutieren, soll zur finanziellen Entlastung beitragen. Mit der Finanzhilfe sollen finanzielle Einbussen gemildert werden, die finanziell nicht auf Rosen gebettete pflegende Angehörige möglicherweise in Kauf nehmen müssen, wenn sie ihre Angehörigen pflegen wollen. Eigentlich eine gute Idee. Nur, und hier liegt der Hund begraben: Die Erfahrung der letzten 6 Jahre zeigt, dass dieses gut gemeinte Angebot kaum genutzt wird. Und dies obwohl die Bedingungen und Voraussetzungen, um Finanzhilfen zu erhalten, in den letzten Jahren immer mehr erleichtert wurden und auch die Werbetrommel dafür gerührt wurde.

Konkret:

- 2005, 2006, 2007, 2008: je 1 Gesuch bewilligt
- 2009: 3 Gesuche bewilligt
- 2010: Immerhin 9 Gesuche bewilligt.

Aber auch im bisher erfolgreichsten Jahr 2010 wurde das Kostendach von CHF 50'000.-- bei Weitem nicht erreicht.

Fazit: 6 Jahre lang "gedöckerlet", und trotzdem hinkt die Nachfrage dem Angebot noch immer arg hinterher. Es besteht somit faktisch einfach kein oder zu wenig Bedarf nach diesem gut gemeinten Angebot, das ist die Realität. Wenn das nicht Gründe genug sind, das Projekt zu stoppen und stattdessen zu prüfen, ob man damit nicht andere Entlastungsangebote wie beispielsweise die bereits erwähnten Nachtaufenthalte oder Ferienaufenthalte finanziell erschwinglicher machen könnte? Nun, tatsächliche und politische Realität decken sich leider nicht immer.

Und so stand neben „Projekt stoppen“ in der Kommission auch noch genau das Gegenteil zur Debatte, nämlich alle bisherigen Einschränkungen wegfallen zu lassen und kein Kostendach mehr zu fixieren. Dies hätte die Ausarbeitung einer Subventionsvorlage zur Folge, die der obligatorischen Volksabstimmung unterliegt. Dass eine solche in Anbetracht der eben geschilderten Faktenlage, aber auch in Anbetracht der alles andere als rosigen Finanzlage unserer Stadt dem Tode geweiht wäre, brauche ich wohl nicht weiter auszuführen. Zudem würde mit einer solchen

Öffnung eine gesellschaftspolitische Diskussion losgetreten: Soll, wer Angehörige zuhause betreut, entlohnt werden, und wollen wir damit ein bisher in einer Vielzahl der Fälle gut funktionierendes, familienbasiertes System derart tiefgreifend verändern? Nach hartem Ringen konnte in der Kommission ein Kompromiss zwischen diesen beiden Extremen gefunden werden. Iren Eichenberger hat ihn präsentiert, ich brauche ihn nicht zu wiederholen.

Ein Kompromiss ist dann gerecht, brauchbar und dauerhaft, wenn beide Parteien damit gleich unzufrieden sind, so Henry Kissinger. Wir haben es hier also wohl mit einem guten Kompromiss zu tun. In diesem Sinne kann sich die FDP-Fraktion denn auch hinter den vorliegend errungenen Kompromiss stellen.

Sollten aber heute Abend Anträge gestellt werden, die auf eine wie auch immer geartete Ausweitung der Finanzhilfe zielen und daher diesen gefundenen Kompromiss wieder in Frage stellen, so würde die ausbalancierte Unzufriedenheit, was unsere Fraktion betrifft, in eine völlige Unzufriedenheit kippen, und wir würden somit auch wieder auf unsere eigentliche Position, nämlich das Projekt stoppen, zurückkehren.

Die FDP-Fraktion wird somit also auf die Vorlage eintreten und unter den eben genannten Voraussetzungen den Anträgen der Fachkommission zustimmen. “

Res Hauser (JFSH)

Bürgerlich-liberale Fraktionserklärung

”Die bürgerlich-liberale Fraktion ist geschlossen gegen die Überführung der Pilotphase Finanzhilfe für pflegende Angehörige ins Definitivum. Dies aus folgenden Gründen:

Die Stadt Schaffhausen ist eine von wenigen Schweizer Gemeinden, die dieses Angebot momentan in der Pilotphase anbietet. Es fehlt also der Vergleich mit anderen Gemeinden, der die Notwendigkeit dieses Angebots erbringt. Auch die Pilotphase zeigt nicht auf, dass dieses Angebot nötig ist. Zu Beginn dieser Pilotphase wurde dieses Angebot kaum genutzt, die Nachfrage war also nicht bestehend. Es ist also kein Grund da, dieses Angebot ins Definitivum zu überführen.

Für uns ist unverständlich, dass die Stadt Schaffhausen dieses seltene Angebot weiterhin anbieten soll, da es jährlich hohe wiederkehrende Kosten mit sich zieht. Die Stadt Schaffhausen ist bereits hoch verschuldet und sollte daher ihre Ausgaben senken und nicht erhöhen.

Die bürgerlich-liberale Fraktion findet es wichtig, dass Pflegebedürftige auch von ihren Angehörigen gepflegt werden, soweit dies möglich ist. Aus unserer Sicht ist es aber der falsche Anreiz, dass man dafür Geld vom Staat bekommt. In unseren Augen sollte die Motivation zur Pflege von Angehörigen im Sinne der Familie und nicht aus der Staatskasse kommen. Die bürgerlich-liberale Fraktion ist also dafür, das Projekt zu stoppen. Aus diesen Gründen werde ich bei den Anträgen noch einen Antrag für die Variante 1 des Stadtrats stellen. “

Amila Dracic (AL)

SP/AL-Fraktionserklärung

”Die demographische Entwicklung der kommenden Jahrzehnte ist nicht zu unterschätzen. Der Vorlage kann entnommen werden, dass die Anzahl der über achtzigjährigen Bewohnerinnen und Bewohner unserer Stadt bis ins Jahr 2040 um

57% gegenüber dem Jahr 2000 zunehmen wird. Unserer Fraktion ist es ein grosses Anliegen, den pflegenden Angehörigen Wertschätzung entgegenzubringen. Es gilt auf städtischer Ebene ein Zeichen zu setzen und die Arbeit der schlecht gestellten pflegenden Angehörigen durch eine finanzielle Entschädigung zu unterstützen. Ein Wegfallen dieser Finanzhilfe würde für die Stadt mehr Heimeintritte zur Folge haben, die dementsprechend auch höhere Kosten nach sich ziehen würde.

Einige Mitglieder der SP/AL-Fraktion können sich mit der Beibehaltung eines Kostendachs von CHF 50'000.-- einverstanden erklären, da Antrag 3 bei Erreichen des Kostendachs neu die Erarbeitung einer neuen Vorlage verlangt. Ausserdem begrüsst die ganze Fraktion die Anpassung von Artikel 4 der Verordnung, mit welcher die Zulassungslimiten neu auf CHF 60'000.-- bei Alleinstehenden, beziehungsweise CHF 80'000.-- bei Ehepaaren erhöht wurden.

In diesem Sinne hoffen wir, dass auch Sie die Wichtigkeit der finanziellen Unterstützung für pflegende Angehörige erkennen und der Vorlage zustimmen. “

Beat Brunner (SVP)

SVP/EDU-Fraktionserklärung

”Die SVP/EDU-Fraktion ist einstimmig gegen diese Vorlage. Die Gründe dafür sind in erster Linie die finanzielle Situation der Stadt Schaffhausen. Wir verabschiedeten heute die Rechnung 2010 und das Budget 2011 kennen wir alle. Wenn ein Plus anstatt ein Minus vor dem Endtotal stehen würde, wäre die Diskussion in unserer Fraktion wohl ganz anders ausgefallen. In meiner fast 30jährigen Tätigkeit als Geschäftsführer und selbstständiger Wirt hatte ich oft Wünsche und Vorstellungen für meine Betriebe, die ich aber nur erfüllen konnte, wenn der Jahresabschluss es zulies. Meine Mutter pflegte jahrelang ihre ältere Schwester und wusste nicht einmal, dass diese Anspruch auf Hilflosen-Entschädigung hätte und als das Jahr Wartefrist abgelaufen war, verschlechterte sich der Zustand so stark, dass wir uns entschliessen mussten, sie nach dem Spitalaufenthalt ins Altersheim Schleithem zu verlegen. Meiner Mutter wäre es nie in den Sinn gekommen, für sich Geld für die Pflege zu verlangen, obwohl sie jeden Tag um 17 Uhr zuhause sein musste und die Schwester nur für 2-3 Stunden alleine sein konnte. Sie registrierte die Belastung im ganzen Umfang erst nachher. Zur Information, jetzt lautet die Monatsrechnung von Schleithem rund CHF 7'000.--.

Hier noch einige Punkte zur Begründung unserer Entscheidung:

Klar ist die Belastung von Angehörigen oft sehr hoch, aber in der Schweiz gibt es immer Möglichkeiten zur Entlastung. Spitex, Hilflosen-Entschädigung, Nachbarschaftshilfe, Pro Senectute, kirchliche Institutionen, um nur einige zu nennen. Die Altersheime bieten Ferienzimmer für kurzfristige und auch längere Aufenthalte von pflegebedürftigen Menschen an. Wie die Pilotphase zeigte, ist das Bedürfnis in Schaffhausen noch nicht nachgewiesen. Die Spitex im QDZ-Künzle Heim ist in der momentanen Situation nicht ausgelastet und das Personal hilft im Altersheim aus. Mir ist auch bewusst, dass dies sehr schnell ändern kann. Die finanzielle Situation lässt aber einfach keinen Spielraum für Projekte, die erst in der Zukunft aktuell werden. Die personellen Mehrkosten für Abklärung und Kontrolle sind wiederkehrend und zu hoch. Lohnkosten sind versicherungspflichtig. Zum jetzigen Zeitpunkt ist diese Vorlage schlicht nicht finanzierbar, und - wie schon Christine Thommen erwähnte - unterstütze ich den Antrag 1 des Stadtrats. “

SR Urs Hunziker**Stellungnahme des Stadtrats**

„Wie Sie verschiedentlich von meinen Vorrednerinnen und Vorrednern gehört haben, gab die Vorlage doch einiges an Diskussionsstoff; dies spürte man auch an den Fraktionsempfehlungen, die heute abgegeben wurden. Das war schon in der Fachkommission so; die Voten lauteten schon in der Fachkommission von völligem Verzicht auf Finanzhilfe für pflegende Angehörige bis zur in der Vorlage aufgezeigten Lösung ohne Kostendach. Ich bin froh, dass die Kommission zum Schluss gekommen ist, der Vorlage im Sinne eines mehrheitsfähigen Kompromisses zuzustimmen. Ob das heute noch so ist, wage ich allerdings in Frage zu stellen, nachdem ich jetzt alle Fraktionsmeinungen gehört habe. Ich habe schon im Verlauf der Diskussion bereits darauf hingewiesen, dass ich grösste Bedenken hätte, mit einer Variante mit höherem Kostendach in eine Volksabstimmung zu gehen. Nach meiner Einschätzung wäre die Wahrscheinlichkeit einer Ablehnung vor dem Hintergrund der nicht gerade rosigen Finanzlage der Stadt gross gewesen und hätte zur Folge gehabt, dass wir selbst die bescheidene Unterstützung nicht mehr leisten könnten. Der Stadtrat steht aber nach wie vor hinter der Variante 3 mit dem Kostendach von CHF 50'000.-- zur Umsetzung. Die Gründe für diese Empfehlung sind in der Vorlage beschrieben. Der Stadtrat erachtet diese Variante vor dem Hintergrund der finanziellen Situation der Stadt als angemessen. Hinzu kommt, dass Patienten, die zu Hause gepflegt werden, nach einjähriger Wartezeit neu seit dem 1. Januar 2011 eine leichte Hilflosen-Entschädigung - es sind dies CHF 232.-- pro Monat - beantragen können. Zu Hause gepflegte Personen kommen somit früher zu einer Hilflosen-Entschädigung. Auch die mittlere Hilflosen-Entschädigung wurde per 1. Januar 2011 leicht angehoben und beträgt nun CHF 580.-- im Monat.

Von einer Weiterverfolgung der Varianten 4 und 5 sieht der Stadtrat vorläufig ab. An dieser Stelle sei erwähnt, dass der Grosse Gemeinderat der Stadt Winterthur vergangenes Jahr eine mit diesen beiden Varianten vergleichbare Lösung vorwiegend aus gesellschaftspolitischen Gründen abgelehnt hat: Die Frage, ob es grundsätzlich richtig sei, Leistungen, die primär innerhalb der Familie erbracht werden, finanziell abzugelten, wurde damit mit einem klaren Nein beantwortet, wurde doch befürchtet, falsche gesellschaftspolitische Signale zu setzen. Winterthur setzt stattdessen auf den Ausbau von Beratungsangeboten. Der Stadtrat ist sich bewusst, dass es einer sorgfältigen Beobachtung der demografischen Entwicklung bedarf. Er ist auch bereit, den Auftrag der Fachkommission entgegen zu nehmen, sollte sich abzeichnen, dass das Kostendach nicht mehr ausreichend ist und dann gegebenenfalls eine neue Vorlage auszuarbeiten. Der Stadtrat schliesst sich ebenfalls der von der Fachkommission vorgeschlagenen Anhebung der Einkommens- und Vermögensgrenzen an. In diesem Sinne bitte ich Sie, auf die Vorlage einzutreten und ihr mit den Änderungsvorschlägen der Fachkommission zuzustimmen. Abschliessend richte ich meinen Dank an Iren Eichenberger für die ausgewogene Darstellung der Kommissionsarbeit, an Kurt Zubler für die Leitung der Fachkommission sowie an die Kommissionsmitglieder für Ihre engagierte Arbeit und an Alice Riedel für die speditive Protokollerstellung.“

Der **Ratspräsident, Edgar Zehnder (SVP)**, stellt fest, dass kein Antrag auf Nichteintreten gestellt wird, **EINTRETEN** ist somit beschlossen.

DETAILBERATUNG

Der **1. Vizepräsident, Dr. Raphaël Rohner (FDP)**, verliest die Vorlage vom 15. Februar 2011, Seiten 3 bis 15, den Verordnungsentwurf Artikel 1 bis 16, die Beilagen 1 bis 3 sowie den Bericht und Antrag der Fachkommission Soziales, Bildung,

Betreuung, Kultur und Sport vom 27. Mai 2011, Seite 1 und Seite 2 mit den Anträgen wie folgt:

Wortmeldung Hermann Schlatter (SVP) zum Verordnungsentwurf:

Geht davon aus, dass die pflegenden Angehörigen die Leistungsempfänger sind und erkundigt sich, ob diese pflegenden Angehörigen städtische Angestellte werden und wie der Unterstützungsbeitrag von CHF 25.-- ausbezahlt wird, ob die pflegenden Angehörigen selbstständig abrechnen oder einen Lohnausweis erhalten und mit dem Sozialversicherungsamt abgerechnet werden müsse.

SR Urs Hunziker:

Klärt auf, dass die pflegenden Angehörigen keine Anstellung erhalten; der Zustupf wird gemäss monatlicher Abrechnung ausbezahlt. Es findet eine Kontrolle statt, dann wird das Geld überwiesen. Die Besteuerung muss selbstständig erledigt werden.

Anträge gemäss Bericht und Antrag der Fachkommission vom 27. Mai 2011:

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der Vorlage des Stadtrats vom 15. Februar 2011 betreffend Überführung der Pilotphase "Finanzhilfe für pflegende Angehörige (Motion Iren Eichenberger vom 19. März 1996) ins Definitivum" und vom Bericht der Fachkommission Soziales, Bildung, Betreuung, Kultur und Sport vom 27. Mai 2011. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*
2. Der Grosse Stadtrat genehmigt die neue Verordnung über die Ausrichtung von Finanzhilfe für pflegende Angehörige gemäss Anhang mit den Änderungen der Fachkommission Soziales, Bildung, Betreuung, Kultur und Sport vom 27. Mai 2011.

Antrag Res Hauser (JFSH):

Neuformulierung dieses Antrages wie folgt: Der Grosse Stadtrat beauftragt den Stadtrat, seine Variante 1 "Projekt stoppen" zu verfolgen.

Abstimmung:

Der Grosse Stadtrat lehnt diesen Antrag mit 20 : 8 Stimmen ab.

3. Der Grosse Stadtrat beauftragt den Stadtrat, für die Beiträge an pflegende Angehörige jährlich CHF 50'000.-- ins Budget aufzunehmen. Dieser Betrag gilt als Kostendach. Wird das Kostendach erreicht, ist der Stadtrat verpflichtet, zuhanden des Grossen Stadtrats eine neue Vorlage zu erarbeiten. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*
4. Der Grosse Stadtrat beauftragt den Stadtrat, über die Behandlung der eingereichten Gesuche im Verwaltungsbericht zu informieren. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*
5. Dieser Beschluss wird nach Art. 11 Abs. 1 lit d und i der Stadtverfassung dem fakultativen Referendum unterstellt. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*
6. Die Motion Iren Eichenberger vom 19. März 1996 wird abgeschrieben. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*

SCHLUSSABSTIMMUNG

Der Grosse Stadtrat heisst in der Schlussabstimmung die Vorlage des Stadtrats vom 15. Februar 2011 und die Anträge mit den Änderungen der Fachkommission Soziales, Bildung, Betreuung, Kultur und Sport vom 27. Mai 2011 mit 20 : 9 Stimmen

gut.

Das Geschäft ist erledigt.

SCHLUSSMITTEILUNGEN DES RATSPRÄSIDENTEN:

„Wir haben eine Einladung vom Forum sharf von Christian Wäckerlin zu einer internen Diskussionsrunde mit Architekten vom sharf zum Thema Bauen im urbanen Kontext der Altstadt Schaffhausen erhalten. Die Veranstaltung findet am Dienstag, 5. Juli 2011, um 17 Uhr, im Forum Vebikus (1. Stock des Kulturzentrums Kammgarn) statt. Ich bitte Sie, mir anschliessend an die Ratssitzung die Anzahl Fraktionsvertretenden anzugeben, damit ich die Delegation des Grossen Stadtrats melden kann. Ich bitte Sie, an der nächsten Ratssitzung trotzdem pünktlich zu erscheinen.“

Weiter haben wir - wie bereits von den Büromitgliedern in den Fraktionen bekannt gegeben - eine Einladung von Prof. Dr. Giorgio Behr erhalten. Er würde uns gerne die Bauten der neuen Schweizersbild Halle vorstellen. Die Delegation ist eingeladen, am 23. Juni 2011, um 18 Uhr, Ecke Hohbergstrasse/Schweizersbildstrasse. Ich bitte die Fraktionen ebenfalls, mir anschliessend an die Ratssitzung die Anzahl der Teilnehmenden der Fraktionen zu melden.

Des Weiteren bitte ich alle Mitglieder des Grossen Stadtrats, ihre Voten weiterhin per Email an unsere Ratssekretärin Gaby Behring abzugeben, damit wir unsere Arbeit effizient erledigen können, ohne unnötige Schreibarbeit zu leisten. Ebenfalls bitte ich Sie, zukünftig Ihre persönlichen Vorstösse - wenn möglich - zusätzlich elektronisch und im Word-Format an unseren Ratsweibel, Markus Brüttsch, zu mailen. Wir benötigen diese Unterlagen für den internen Gebrauch, ansonsten müssen diese Vorstösse nochmals abgeschrieben werden. Die persönlichen Vorstösse mit den jeweiligen Unterschriften werden wie gewohnt auf der Homepage der Stadt Schaffhausen publiziert.

Ich möchte abschliessend nochmals das Datum des diesjährigen Ratsausfluges mitteilen: Dienstag, 27. September 2011. Ich bitte Sie, dieses Datum in Ihrer Agend dick einzurahmen.“

Die nächste Ratssitzung findet am Dienstag, 5. Juli 2011, pünktlich um 18 Uhr, statt.

Der **Ratspräsident** beendet die Sitzung um 20:45 Uhr.

Die Ratssekretärin:

Gabriele Behring